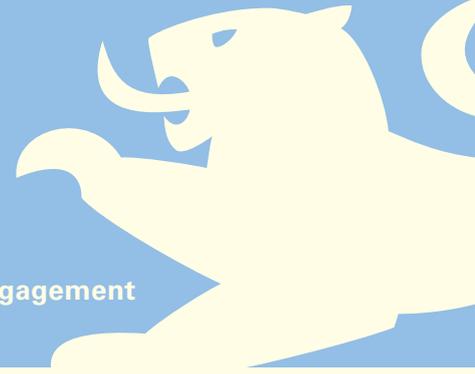


ENGAGEMENT UND INTEGRATION

Das Wissensmagazin

aus Baden-Württemberg. Zahlen, Daten, Fakten zum bürgerschaftlichen Engagement





Gelungenes Beispiel im Engagementfeld Bildung: STARTklar in Stuttgart. Seniorpartner schließen durch ihre Arbeit eine Lücke, die Lehrer und Sozialpädagogen nicht füllen können.



Sprachkompetenz gilt als Schlüssel zur Partizipation: Die Sprachmittler in Konstanz engagieren sich in diesem Aufgabenfeld.

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

als die kommunalen Spitzenverbände und das Sozialministerium sich für die nächsten Jahre das Thema Migration als eines der Schwerpunktthemen zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements auserkoren haben, war nicht absehbar, dass es mit der neuen Landesregierung auch ein Integrationsministerium geben würde.¹ Das Thema Integration ist zentraler Schwerpunkt der neuen Landesregierung und zugleich ein altes Thema, das in Baden-Württemberg bereits in vielfältiger Weise bearbeitet wurde. Die Themen Migration und Integration sind Querschnittsthemen. Sie stehen vermehrt im Zentrum öffentlicher Diskussionen, die zugespitzt und bisweilen polemisch geführt werden. Strategisch und programmatisch sind die Bemühungen von Politik und Wirtschaft häufig auf gezielte Einwanderung ausgerichtet, um vor dem Hintergrund des demografischen Wandels u.a. Einschnitte auf dem Arbeitsmarkt abzufedern. Die Herausforderungen der Integration stellen sich in vielfältiger und alltäglicher Weise für die neu Zugewanderten, aber auch für die Menschen mit Migrationsgeschichte, die schon lange in Deutschland leben und

sich in unterschiedlichen Zusammenhängen zu Hause fühlen – oder eben auch nicht (mehr). Diese Ausgabe des Wissensmagazins Baden-Württemberg widmet sich derartigen Themen und diskutiert spezifisch die Potenziale und Herausforderungen freiwilligen Engagements für und von Menschen mit Migrationshintergrund in der Integrationsarbeit. Nach den Interviews mit Katrin Altpeter, Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren, sowie Bikay Öney, der ersten Integrationsministerin Baden-Württembergs, werden vier Bereiche aktueller Diskussionen über Engagement und Integration aufgegriffen: Erstens wird die Ausgangslage der Debatte bundesweit und in Baden-Württemberg dargestellt. Zweitens steht das

Das Wissensmagazin gibt's auch im Internet unter www.buergerengagement.de

¹ Anders als die Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ verstehen die Autoren des Hefts freiwilliges Engagement – und nicht bürgerschaftliches Engagement – als Oberbegriff für eine Vielfalt von Engagementformen. Unter bürgerschaftlichem Engagement verstehen wir, in der Tradition der baden-württembergischen Auseinandersetzung um die Förderung von Engagement, seine zivilgesellschaftliche Qualität. Sie zeigt sich in ihrer normativen Grundierung, ihrer Weltoffenheit, ihren demokratischen Spielregeln sowie in den Initiativen und Organisationen.



Über Sinn und Unsinn der bundesdeutschen Integrationsdebatte: Cevikkollu und Gauger von Kabarett11 bei der deutsch-türkischen Kabarettwoche.

Engagement von Einzelpersonen mit und ohne Migrationshintergrund in der Integrationsarbeit im Mittelpunkt. Drittens werden die Rollen von Migrant*innenorganisationen in der Integrations- und Freiwilligenarbeit diskutiert und viertens wird die kommunale Ebene in den Blick genommen. Die die Texte begleitenden, anschaulichen und erfolgreichen Beispiele aus der Engagement- und Integrationsarbeit in Baden-Württemberg bilden eine Auswahl der Vielfalt an Aktivitäten auf Landes- und kommunaler Ebene ab. Abschließend fassen einige Thesen als Schlussfolgerungen die Argumente zusammen.

Im Anschluss an diesen Themenschwerpunkt berichtet das Magazin von aktuellen Trends und Themen aus der Engagementförderung von Bund und Ländern.

Wir wünschen eine anregende Lektüre.

Das Redaktionsteam

EDITORIAL

INTERVIEWS

Fragen an Katrin Altpeter MdL –
Ministerin für Arbeit und Sozialordnung,
Familie, Frauen und Senioren
in Baden-Württemberg 4

Fragen an Bilkay Öney – Integrations-
ministerin in Baden-Württemberg 6
Kommentar 7

ENGAGEMENT UND INTEGRATION

Ausgangslage 8

Engagement von und für Menschen
mit Migrationshintergrund:
Anschauliche Beispiele 11

Migrant*innenorganisationen und Integration:
Potenziale und Bedarfe 18

Kommunen als Orte gelebter Integration 24

Schlussfolgerungen 30

**FACHINFORMATIONEN BUND
UND LÄNDER**

Meldungen 31

RECHTLICHE ASPEKTE

Gesetzliche Betreuer mit Übungsleiter
gleichgestellt 35

STRUKTUREN DER FÖRDERUNG

Integrationsunterstützendes bürger-
schaftliches Engagement in Baden-Württemberg 36

Förderschwerpunkte 2011:
Freiwilligendienste aller Generationen
in Baden-Württemberg 37

ANHANG

Literatur 38

Links 39

Interview

„NIEMAND SOLL VON DER BÜRGERGESELLSCHAFT AUSGESCHLOSSEN WERDEN.“

Prof. Dr. Thomas Klie im Gespräch mit Katrin Altpeter – Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren in Baden-Württemberg

Frau Ministerin Altpeter, Baden-Württemberg ist vorn im Bereich freiwilliges Engagement und hat im Freiwilligensurvey 2009 wieder sehr gut abgeschnitten. Worin sehen Sie die Grundlage für das hohe Engagementniveau in Baden-Württemberg?

Altpeter: Zunächst erfüllt es mich mit Freude und auch Stolz, dass wir seit 1999, also seit es die Erhebungen zum Freiwilligensurvey gibt, die Spitzenposition im Ländervergleich innehaben, was die Zahl der engagierten Bürgerinnen und Bürger angeht. Dieses wertvolle Potenzial müssen wir noch stärker fördern und vor allem würdigen. Dies haben die maßgeblichen Akteure im Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement in Baden-Württemberg schon vor über zehn Jahren erkannt.

Der Städte-, der Gemeinde- und der Landkreistag sehen eine vordringliche Aufgabe in der Organisation des gegenseitigen Erfahrungsaustauschs und des Wissenstransfers. Der baden-württembergische Weg zeichnet sich insbesondere durch aufeinander abgestimmte Unterstützungsinstrumente und Maßnahmen aus. Dazu gehören vor allem kommunale örtliche Anlaufstellen für Bürgerengagement, Fachkräfte in Kreisen, Städten und Gemeinden sowie Bürgermentoren.

Ein weiterer begünstigender Umstand liegt sicherlich in der wirtschaftlichen Prosperität unseres Bundeslands. Im Mittelpunkt des bürgerschaftlichen Engagements in Baden-Württemberg steht aber das Handeln der Bürger selbst.

Die Mitarbeit zugunsten des Gemeinwohls setzt jedoch stabile Lebensverhältnisse voraus. Wer seine ganze Energie in die Sicherung des Lebensunterhalts stecken muss, hat wenig Freiraum, um darüber hinaus noch selbst gewählte, sinnstiftende Gemeinschaftsarbeit zu leisten. Die steigenden Anforderungen im Berufsalltag, die ihren Ausdruck in einer enormen Arbeitsverdichtung finden, lassen sich in der rückläufigen Engagementquote gerade der 30- bis 45-Jährigen ablesen. Wir haben deshalb in Baden-Württemberg eine Offensive gestartet, die Unternehmen gezielt anspricht, um die Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements für die Gesellschaft, aber auch für

das Unternehmen selbst ins Bewusstsein zu rücken. Immer mehr Firmen beteiligen sich. Sie geben ihren Mitarbeitern Raum für soziales Engagement und sind häufig selbst Motor bestimmter Initiativen. Das auch aus der Einsicht heraus, dass sie Teil der Gesellschaft sind und nicht im luftleeren Raum agieren.

Wo werden Sie an bewährte Engagementstrategien anknüpfen und neue Akzente in der Förderung freiwilligen Engagements und Ehrenamt setzen?

Wir werden den baden-württembergischen Weg der Engagementförderung weitergehen, der sich im Aufbau des Landesnetzwerks sowie der Förderung der Bürgerbeteiligung, etwa durch Sozialmanagement- und Mentorenkurse bewährt hat.

Zusätzlich wollen wir weitere Partner, wie die Wohlfahrtsverbände, stärker in das Landesnetzwerk einbinden; auch um neue Kooperationen zwischen Fachkräften und Freiwilligen in sozialen und Bildungseinrichtungen zu organisieren.

Darüber hinaus müssen wir neue Akzente hinsichtlich der Beteiligung bisher nicht oder nur schwer erreichbarer Bevölkerungsgruppen setzen. Niemand soll wegen seiner sozialen und kulturellen Herkunft oder irgendwelcher Handicaps von der Teilhabe an der Bürgergesellschaft ausgeschlossen werden. Das erfordert einen gezielten Zugang auf benachteiligte Einzelne oder Bevölkerungsgruppen. So müssen wir beispielsweise Menschen mit Migrationshintergrund und die klassischen Vereinsstrukturen stärker zusammenführen.

Vor ganz andere Herausforderungen stellt uns der lauter werdende Wille von Bürgern nach mehr Beteiligung. Ich nenne Stuttgart 21 als Stichwort. Das betrifft nicht nur formell die Mitwirkung in Form von Bürgerbegehren oder Bürgerentscheiden. Das betrifft auch die Frage der Information über und Transparenz von Verwaltungshandeln allgemein und generell die Frage der Konturierung von Zivilgesellschaft als belebendes Element unserer Demokratie. Diese Entwicklung betrifft alle Ressorts der Landesregierung. Wir haben im Koalitionsvertrag



„Wir werden den baden-württembergischen Weg der Engagementförderung weitergehen und weitere Partner einbinden.“

der Entwicklung einer neuen Beteiligungskultur ein besonderes Gewicht gegeben. Die Bedeutung des Themas wird durch die Berufung der Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung im Staatsministerium deutlich hervorgehoben.

Wo sehen Sie im Themenbereich Engagement und Integration besonderen Handlungsbedarf?

Der Anteil gerade der Bürger aus anderen Herkunftsländern ist in Baden-Württemberg besonders hoch. Rechnet man die zweite Generation mit, dann haben über 25 Prozent der Einwohner einen Migrationshintergrund. In Vereinen, Initiativen und Projekten engagierter Bürger sind die Menschen mit Migrationshintergrund allerdings noch lange nicht angemessen repräsentiert. Das wollen wir ändern und ein offenes Klima schaffen. Das Wichtigste bei Neuankömmlingen ist die Sprachvermittlung. Hier schaffen kommunale Initiativen und Vereine Begegnungsmöglichkeiten mit Mütter-Cafés, Elterntreffen oder kulturellen Festen, um nur wenige Beispiele zu nennen. Solche Initiativen müssen Schule machen.

Schon die letzten wissenschaftlichen Landesberichte zur Förderung freiwilligen Engagements haben gezeigt, dass das Thema alle Ressorts tangiert. Beim Thema Engagementförderung und Integration liegt eine enge Zusammenarbeit mit dem neuen Integrationsministerium nahe. Wie stellen Sie sich die interministerielle Zusammenarbeit beim Thema Engagementförderung vor?

Wir haben uns im Koalitionsvertrag zum Ziel gesetzt, das Ehrenamt und die Freiwilligenarbeit zu stärken. Möglichst viele Bürger sollen sich mit ihren Ideen, ihrer Kreativität und ihrem Können in unser Gemeinwesen einbringen. Freiwilliges Engagement und Ehrenamt brauchen viele Mitstreiter und Unterstützer. Eine wichtige Koordinierungsfunktion wird der neu eingerichtete Kabinettsausschuss Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung wahrnehmen. Das betrifft vor allem die übergeordnete Fragestellung, wie Bürgerinnen und Bürger besser in politische Prozesse eingebunden werden können. Auf der fachlichen Ebene ist die Zusammenarbeit mit dem neuen Integrationsministerium vor dem Hintergrund der Frage „Wie erreiche ich die Menschen aus unterschiedlichen Herkunftsländern und Kulturen am besten?“ besonders wichtig.

Sie selbst haben sich vielfältig bürgerschaftlich engagiert. In welcher Weise haben Sie davon profitiert und welche wichtigen Lernerfahrungen verdanken Sie Ihrem Engagement?

Ehrenamtliche Aktivitäten führen immer auch zur persönlichen Weiterentwicklung und zum Ausbau der eigenen Kompetenzen. Bereits als Jugendliche war es mir wichtig, politisch Einfluss zu nehmen und mitzugestalten. Der Wunsch, über den eigenen Tellerrand hinauszuschauen, etwas selbst in die Hand zu nehmen und etwas für andere, aber auch für mich selbst zu tun, hat dazu geführt, dass ich schon sehr früh ein kommunalpolitisches Mandat übernommen habe. Politik und ganz besonders Kommunalpolitik zu machen, qualifiziert auf vielen praktischen Feldern. Soziales Lernen, aktives Zuhören, Konflikte austragen und Kompromisse finden zu müssen, sind nur einige Beispiele, warum es für mich wichtig war, mich schon früh zu engagieren. Auch mein Einsatz bei der Arbeiterwohlfahrt (AWO) und Pro Familia zeigen mir immer wieder, dass Hilfe und Unterstützung für andere auch immer das eigene Ich bereichern.

Interview

„INTEGRATION IST EINE GESAMT-GESELLSCHAFTLICHE AUFGABE.“



Prof. Dr. Thomas Klie im Gespräch mit der baden-württembergischen Integrationsministerin Bilkay Öney

Frau Ministerin Öney, Sie sind die erste Integrationsministerin in Baden-Württemberg. Welchem Integrationsverständnis folgen Sie und wo werden Sie die Hauptakzente Ihrer Arbeit setzen?

Öney: Integration fordert jede Einzelne und jeden Einzelnen. Es geht um die Frage, wie sich jeder Mensch in die Gesellschaft einbringt. Damit ist es eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Integration ist eine Frage von Können, Wollen und Dürfen. Menschen mit Migrationshintergrund haben die Verantwortung, sich in die Gesellschaft ihrer neuen Heimat einzubringen. Das ist die Frage nach dem Wollen. Das Können entscheidet sich vor allem über Bildung, Sprachkenntnisse und das Wissen über Ausbildungswege. Gleichzeitig darf die Gesellschaft Migranten beim Integrationsprozess keine Steine in den Weg legen. Menschen müssen sich integrieren dürfen.

Baden-Württemberg hat mit 9,5 Prozent eine vergleichsweise niedrige Quote bei der Ausländerarbeitslosigkeit. Worauf führen Sie das zurück? Gelingt die Integration in Baden-Württemberg besonders gut?

Natürlich steht Baden-Württemberg insgesamt gut in der Arbeitslosenstatistik da. Tatsache ist aber auch, dass der Arbeitslosenanteil bei Menschen mit Migrationshintergrund doppelt so hoch ist, dass dreimal so viele Kinder die Schule ohne Abschluss verlassen, dass die Migranten an den Hauptschulen über- und an den Gymnasien unterrepräsentiert sind. Hier sehe ich noch Handlungsbedarf.

Sie selbst waren und sind vielfältig bürgerschaftlich engagiert. Wie wichtig war das eigene Engagement für Sie?

Gesellschaftliche Teilhabe und soziales Engagement sind wichtig und ein Zeichen dafür, wie weit sich Menschen mit der Gesellschaft identifizieren. Die Shell-Jugend-Studie zeigt, dass der Anteil an Jugendlichen mit Migrationshintergrund im Ehrenamt

signifikant niedriger ist. Ich habe von meinem ehrenamtlichen Engagement – insbesondere als Jugendliche bei den Pfadfindern – enorm profitiert. Ich wäre ohne dieses nicht die Person, die ich heute bin. Deswegen möchte ich auf jeden Fall das Ehrenamt stärken.

Das Sozialministerium hat in einer Kooperationsvereinbarung mit den kommunalen Landesverbänden für die kommenden Jahre das Thema Engagementförderung im Bereich Migration auf die Agenda gesetzt. Welchen Stellenwert wird freiwilliges Engagement in der Integrationspolitik Baden-Württembergs einnehmen?

Ohne freiwilliges und ehrenamtliches Engagement hätten wir die bisherigen Erfolge in der Integration nicht erreicht. Auch in Zukunft werden wir auf das Engagement von Migrantinnen und Migranten, Schulleiterinnen und Schulleitern, Lehrerinnen und Lehrern, Verbänden, Kirchen und all den vielen Freiwilligen im Ehrenamt nicht verzichten können. Das ist eine Tatsache. Deswegen will ich eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit ihnen.

„Menschen mit Migrationshintergrund haben die Verantwortung, sich in die Gesellschaft ihrer neuen Heimat einzubringen.“

Die Engagementförderung im Bereich Migration hat viele Facetten – von der besonderen Würdigung des Engagements von Menschen mit Migrationshintergrund über die Unterstützung von Migrantenorganisationen bis hin zur Förderung kommunaler Engagementstrukturen. Wo sehen Sie besonderen Handlungsbedarf?

Auch wenn mein finanzieller Spielraum, was Fördermaßnahmen angeht, begrenzt ist, habe ich kürzlich mein Arbeitsprogramm für das Ministerium der Öffentlichkeit vorgestellt. Ich möchte daraus drei Aspekte herausgreifen:

Für die gezielte Förderung des Engagements braucht man verlässliche Zahlen und Daten. Deswegen habe ich ein eigenes Referat in meinem Haus geschaffen, das sich um Integrationsforschung und -monitoring kümmert. Dies wird die Arbeit absichern und verstetigen.

Wir werden eine Einbürgerungskampagne auflegen, die zum Ziel hat, Menschen mit Migrationshintergrund für die Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft zu gewinnen und die politische

Partizipation zu stärken. Zeitgleich setzen wir uns im Bundesrat für die Abschaffung der Optionspflicht bei der Wahl der Staatsbürgerschaft ein.

Und wir wollen notwendige Förderkriterien und Parameter entwickeln, die uns eine pauschale Förderung kommunaler Integrationsmaßnahmen mittel- und langfristig ermöglicht. Mein Ziel ist es, 2012 in die Förderung auf der neuen Grundlage einzusteigen.

KOMMENTAR

„DIE DEMOKRATIEPOLITISCH RELEVANTE SEITE DER ZIVILGESELLSCHAFT WIRD BETONT.“

Auch wenn das Stichwort „Bürgerschaftliches Engagement“ in der Koalitionsvereinbarung der grün-roten Landesregierung nur sehr zurückhaltend Verwendung findet, machen die Ministerinnen Katrin Altpeter und Bilkay Öney deutlich, dass sie die Tradition der Förderung bürgerschaftlichen Engagements in Baden-Württemberg durchaus zu schätzen wissen und mit neuen Akzenten fortsetzen wollen. Das Thema „Zivilgesellschaft und Bürgerschaftliches Engagement“ erhält ein etwas politischeres Gesicht: Partizipation und Bürgerbeteiligung rücken beim Zivilgesellschaftsdiskurs stärker in den Vordergrund. So wird neben der koproduktiven auch die demokratiepolitisch relevante Seite der Zivilgesellschaft betont. Gerade beim Thema Integration treten die beiden Seiten bürgerschaftlichen Engagements in besonderer Weise zutage: Die Vielfalt von Engagementformen von und für Menschen mit Migrationshintergrund, die nach innen und außen und vor allen Dingen integrativ wirken, und die politische Seite, die auch die Mitsprache und die politische zuerkannte Bürgerrolle betont.

Bürgerschaftliches Engagement, das betonen beide Ministerinnen, ist ein Lebenselixier für eine die Vielfalt bejahende Gesellschaft im Kleinen wie im Großen, ein Experimentierfeld im neuen Miteinander und ein wesentlicher Stabilitätsfaktor unseres Gemeinwesens. So, wie sich im bür-

gerschaftlichen Engagement die vielfältigen Formen der Selbstorganisation von Menschen mit Migrationshintergrund zeigen und gleichzeitig das Engagement auch ein wichtiger Katalysator für Begegnungen und Integration darstellt – wir sind immer beides, Fremde und Zugehörige – so lassen sich auch die Forderungen lesen, die auf eine Abschaffung der Optionspflicht hinauslaufen, bei der man sich entweder für die türkische oder die deutsche Nationalität entscheiden muss. Bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt waren und sind immer eine Möglichkeit der Beheimatung an neuen Orten. In der Programmatik beider Ministerinnen scheint die Bedeutung, aber auch die Notwendigkeit der Förderung bürgerschaftlichen Engagements durch, gerade wenn es darum geht, diejenigen zu erreichen, die nicht so leicht zu den Lern- und Gestaltungsfeldern bürgerschaftlichen Engagements und ehrenamtlicher Tätigkeit finden. Dabei hat bürgerschaftliches Engagement in der baden-württembergischen Lesart einen normativen zivilgesellschaftlichen Bezug: Es ist auf Toleranz, Gewaltfreiheit, Verständigung und auf Achtung der Menschenrechte ausgerichtet. Und bürgerschaftliches Engagement ist auch eine Spielart demokratischer Mitgestaltung unseres Gemeinwesens. Beide Seiten des Engagements scheinen für die Zielsetzung der Integration hoch bedeutsam.

PROF. DR. THOMAS KLIE

In der statistischen Mitte zwischen Ein- und Auswanderungsland

DIE AUSGANGSLAGE

Als „Migrationsland 2011“ wird Deutschland im aktuellen Jahresgutachten des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) bezeichnet. Ein Land, das sich in der statistischen Mitte zwischen Ein- und Auswanderungsland befindet, so das Gutachten weiter, ein Land, dessen Politik, Gesellschaft und Wissenschaft gleichermaßen herausgefordert werden, die Integration von Zuwanderern optimal zu unterstützen und die stetige Abwanderung hoch qualifizierter Menschen einzudämmen. Handlungsbedarf ergibt sich demnach besonders vor dem Hintergrund einer demografisch alternden Bevölkerung und zur Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Es scheint, dass mittel- und langfristig vermehrte Zuwanderung und nachhaltigere Integration zentrale gesellschaftspolitische Handlungsfelder werden – wenn sie das nicht schon längst sind. Integrationsherausforderungen ergeben sich daraus aber nicht nur für die im Jahr 2010 fast 800.000 neu Zugewanderten (Statistisches Bundesamt 2011), sondern auch für die bereits in Deutschland lebenden Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Politik und Verwaltung auf Bundes- sowie auf Länderebene können und sollen diese Entwicklungen nicht allein gestalten. Deswegen wird seit einigen Jahren dem bestehenden freiwilligen Engagement in der Integrationsarbeit mehr Beachtung gegeben. Die Unterstützung und stärkere Einbeziehung von Einzelpersonen mit und ohne Migrationshintergrund sowie von Organisationen und Vereinen spielen in der Integrationspolitik mittlerweile eine entscheidende Rolle.

Erst seit einigen Jahren setzt sich ein Integrationsverständnis durch, das Integration als wechselseitigen Prozess zwischen Zugewanderten, bzw. Menschen mit Migrationshintergrund, und der Aufnahmegesellschaft versteht – und nicht als einseitige Anpassung oder Assimilation an die Mehrheitsgesellschaft. Von beiden Seiten wird erwartet, sich interessiert zu zeigen und sich mit ihren Potenzialen für das Ziel gleichberechtigter Teilhabe am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben einzusetzen. Zugewanderte und Bürger der Mehrheitsgesellschaft stehen sich jedoch nicht als homogene Gruppen gegenüber.

Gerade die Bezeichnung „Menschen mit Migrationshintergrund“ macht deutlich, dass eine differenziertere Sicht notwendig ist. Seit 2005 wird die Definition des Statistischen Bundesamts als Referenz in wissenschaftlichen Studien herangezogen: Menschen mit Migrationshintergrund sind „alle nach 1949



auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil“ (Statistisches Bundesamt 2009). Laut aktuellem Mikrozensus ist ihre Gesamtzahl bis 2009 auf 16 Millionen gestiegen (715.000 Personen mehr als 2005) und ihr Anteil an der Bevölkerung damit von 18,6% auf 19,6% gewachsen. Davon sind 47% selbst Migranten bzw. zugewanderte Ausländer (erste Generation) oder bereits in Deutschland Geborene (zweite und dritte Generation). Die Übrigen sind zum Beispiel Spätaussiedler und Personen mit einem zugewanderten Elternteil. Migranten sind nach dieser Definition selbst Zugewanderte und damit eine der Kategorien der Bezeichnung „Menschen mit Migrationshintergrund“ (Statistisches Bundesamt 2011).

**FREIWILLIGES ENGAGEMENT
IN DER INTEGRATIONSARBEIT**

In den letzten Jahren wurde in der Politik und Öffentlichkeit erkannt, dass zivilgesellschaftliche Akteure sowie freiwillig Engagierte mit und ohne Migrationshintergrund in der Integrationsarbeit Schlüsselrollen spielen. Freiwilliges Engagement bezeichnet nicht entlohnte Tätigkeiten, die sich auf das Gemeinwesen beziehen und zum Beispiel ehrenamtlich in einer formalen Organisation oder in einem Verein stattfinden oder die innerhalb eines Dienstes wie dem Freiwilligendienst oder dem Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) ausgeführt werden. Freiwilliges Engagement kann sich aber auch explizit auf die eigene (ethnische) Gemeinschaft beziehen und der Förderung ihrer Beteiligungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten dienen. Zudem kann es auch in informellen Zusammenhängen wie der Selbst- und Nachbarschaftshilfe stattfinden. Engagiert zu sein hat positive Effekte auf die persönliche Entwicklung und erhöht gleichzeitig die Chancen gesellschaftlicher Teilhabe (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2008). In öffentlichen Debatten wird das Engagement von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte jedoch nicht nur positiv bewertet, etwa in seiner Funktion, Teilhabemöglichkeiten zu steigern. Teilweise werden integrationshemmende Wirkungen vermutet. Hier stehen Migranten(selbst)-organisationen (MO), sowohl verstanden als informelle Zusammenschlüsse als auch als Vereine von Migranten, im Zentrum der Auseinandersetzung. Befürchtet wird, dass sich sogenannte Parallelgesellschaften herausbilden, wenn die Aktivitäten einer Organisation auf die Abgrenzung zur Mehrheitsgesellschaft zielen. Dennoch werden

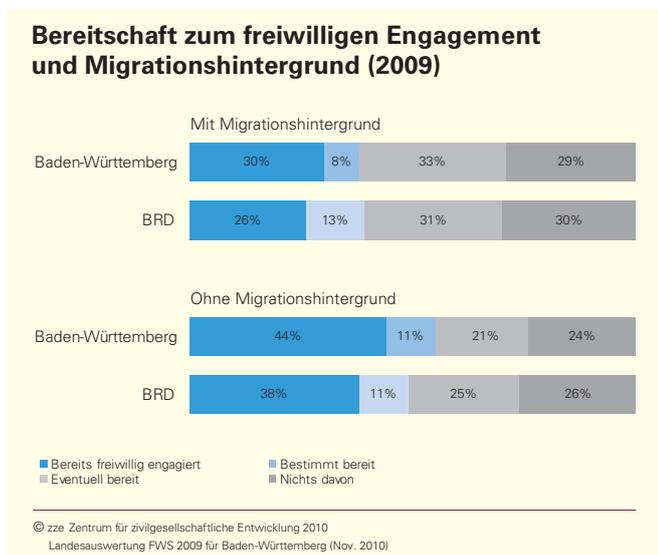
Menschen mit Migrationshintergrund, und besonders ihre Organisationen, vermehrt als Ansprechpartner für Politik und Verwaltung gesucht. Besonders in der Sprachförderung, bei gesundheitlichen Fragen und der beruflichen Beratung werden MO mehr und mehr in ihrer Vermittlerrolle und Brückenfunktion wahrgenommen (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2010).

Programme auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene nehmen das integrative Potenzial des Engagements von Menschen mit Migrationshintergrund sowie von MO mittlerweile auf und beziehen es explizit mit ein. Neben dem Nationalen Integrationsplan (NIP) wird dies auch im bundesweiten Integrationsprogramm des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) betont und durch die Etablierung der Islamkonferenz deutlich. Auch Projekte werden vermehrt als gemeinsame Initiativen, als Engagement für, mit und von Menschen mit Migrationshintergrund konzipiert (siehe Beispiele in den nachfolgenden Artikeln).

**DATEN ZUM ENGAGEMENT VON MENSCHEN
MIT MIGRATIONSHINTERGRUND**

In der Engagementforschung wird versucht, Auswirkungen der freiwilligen Tätigkeiten von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte auf ihre Teilhabe zu erfassen. So wird zum Beispiel im Freiwilligensurvey 2009 angedeutet, dass ihre öffentliche Aktivität zwar hoch sei, das freiwillige Engagement aber eher niedrig (Gensicke / Geiss 2010). Öffentliche Aktivität bezieht sich dabei auf gemeinschaftliche Aktivitäten, die schlicht durch Mitgliedschaften in Vereinen, insbesondere Sportvereinen, oder Teilnahme an Veranstaltungen gekennzeichnet ist. Freiwilliges Engagement würde darüber hinaus eine Leitungsfunktion oder einen speziellen Verantwortungsbereich beinhalten. Zwischen 1999 und 2009 gab es, so der Survey, bei Menschen mit Migrationshintergrund keinen Anstieg der Engagementquote; mit der Aufenthaltsdauer in Deutschland steige sie jedoch. Trotz dieser Erkenntnisse sind die Ergebnisse des Freiwilligensurvey vorsichtig zu interpretieren. Das methodische Design lässt nur ein Abbild eines kleinen Ausschnitts des Engagements von Zugewanderten zu, da die Telefoninterviews ausschließlich in deutscher Sprache geführt wurden und somit eher Menschen erreicht wurden, die Deutsch sprechen und besser integriert sind.

In Baden-Württemberg, dem Bundesland, in dem sich laut Freiwilligensurvey 2009 mit 41 % die meisten Menschen engagieren, leben mit fast 27 % der Bevölkerung mehr Menschen mit Migrationshintergrund als in jedem anderen Bundesland (bundesweiter Migrantenanteil 19,6%, Statistisches Bundesamt 2009). Laut der Sonderauswertung des Freiwilligensurveys zu Baden-



Württemberg engagieren sich zumindest immer mehr Menschen mit Migrationshintergrund: Waren es 28% im Jahr 2004, so sind es 30% im Jahr 2009 (Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung 2011a). Damit liegt die Engagementquote in Baden-Württemberg über der des Bundes (26%). Die hier befragten Personen mit Migrationshintergrund engagieren sich hauptsächlich in Vereinen oder Verbänden (57%). Die meist genannten Engagementbereiche sind Sport/Bewegung und Kirche/Religion. Beim Engagement in informellen Netzwerken, bei dem Hilfe von und für Personen außerhalb des Haushalts erbracht oder empfangen wird, spielen Nachbarn bei den Befragten mit Migrationshintergrund eine geringere Rolle als Freunde und Verwandte (ebd.).

Wie bundesweit liegt auch in Baden-Württemberg die Bereitschaft sich zu engagieren bei Menschen mit Migrationshintergrund höher als bei Menschen ohne Migrationshintergrund. Dieses Ergebnis deutet auf das hohe Engagementpotenzial von Personen mit Zuwanderungsgeschichte hin, das entsprechender Förderung und Angebote bedarf.

INTEGRATIONSPOLITIK IN BADEN-WÜRTTEMBERG

Engagementförderung gehört zu den Themenschwerpunkten der Integrationspolitik in Baden-Württemberg. Im Integrationsplan des Bundeslandes, betitelt mit dem Leitsatz „Integration gemeinsam schaffen“, wird angestrebt, das ehrenamtliche Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund besser zu unterstützen und Maßnahmen in diesem Bereich zu verstärken (Integrationsbeauftragter der Landesregierung Baden-Württemberg 2008). Der Schlüssel für erfolgreiche Integrationsarbeit liege im „Zusammenspiel von hauptamtlicher sozialer Arbeit, freiwilligem Engagement und den Migrantenorganisationen“ (ebd. S. 153). Auch die Vermittlungs- und Brückenfunktion von MO wird im Integrationsplan von Baden-Württemberg hervorgehoben: Die Integrationsleistungen dieser Organisationen seien noch nicht ausreichend anerkannt worden und Potenziale blieben oft ungenutzt. Um die Rolle von MO als Partnerinnen und Akteurinnen im Integrationsprozess zu intensivieren, solle weitreichende Unterstützung im Rahmen der Arbeit des Landesverbands der kommunalen Migrantenvertretungen (LAKA) gewährleistet werden (ebd. S. 165). Die Entwicklung einer landesweiten Integrationsstrategie wurde 2009 im Auftrag des Staatsministeriums von der Führungsakademie übernommen, dem Kompetenzzentrum für Personal- und Organisationsentwicklung im öffentlichen Sektor (Führungsakademie Baden-Württemberg 2009). Das 10-Punkte-Programm für die Entwicklung der Integrationsstrategie Baden-Württemberg 2020 liegt mittlerweile vor. Schwerpunkte sind die Nachhaltigkeit der Integrationspolitik, Chancengleichheit und die Förderung einer Teilhabekultur. Auch

auf Ebene des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement wurde in der vierten Kooperationsvereinbarung mit dem Sozialministerium betont, dass „die Mitwirkung an der Verbesserung der Partizipation der Menschen mit Migrationshintergrund am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben“ besondere Unterstützung finden soll (Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren Baden-Württemberg 2010).

Die Schaffung des Integrationsministeriums deutet darauf hin, dass das Thema Integration weit oben auf der politischen Agenda des Bundeslands bleibt. Im Koalitionsvertrag der beiden Parteien Bündnis 90/Die Grünen und SPD wird bereits angedeutet, dass die Integrationspolitik in Baden-Württemberg neu ausgerichtet wird, indem ein Partizipations- und Integrationsgesetz verabschiedet werden soll, das verbindliche und messbare Ziele definiert (Bündnis 90/Die Grünen und SPD Baden-Württemberg 2011). Zudem sollen Engagement- und Integrationsangebote verstärkt in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Wirtschaft entwickelt werden.

Insgesamt spiegelt sich bei diesen politischen Entwicklungen ein wechselseitiges Integrationsverständnis wider, bei dem gesellschaftliche Teilhabe durch Engagement gefördert wird und gleichzeitig interkulturelle Öffnungsprozesse auch in der Mehrheitsgesellschaft stattfinden. Entsprechend dieser politischen Entwicklungen in Baden-Württemberg sind in den letzten Jahren zahlreiche kurz- und langfristige Angebote geschaffen worden, die Engagement von und mit Menschen mit Migrationshintergrund in der Integrationsarbeit im Land fördern sollen. Projektbeispiele, wie die Integrationsoffensive Baden-Württemberg, werden in den nachfolgenden Artikeln veranschaulicht.

JULIA SCHAD

Anschauliche Beispiele

ENGAGEMENT VON UND FÜR MENSCHEN MIT MIGRATIONSHINTERGRUND

„Ja – und wie?“ Ob freiwilliges Engagement die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund stärkt, lässt sich am besten mit dieser Gegenfrage beantworten. Denn schon der Blick auf die Angebote und die in den letzten Jahren entwickelten Programme spiegelt eine immense Vielfalt und Vielschichtigkeit wider. Eine Vielzahl von Akteuren ist beteiligt: Vereine, Verbände, Migrantenorganisationen und Kommunen setzen Programme und Projekte um. Stiftungen entwickeln Projektideen oder führen diese operativ durch. Bund und Länder sind in der Engagementförderung im Integrationsbereich aktiv. Die Angebote haben nicht nur verschiedene inhaltliche Ausrichtungen und nutzen diverse Tätigkeitsmodelle – von der Patenschaft über Lotsen bis hin zum Tandem. Sie weisen Menschen mit Migrationshintergrund auch unterschiedliche Rollen zu.

Zu Beginn der 2000er Jahre war in Deutschland der Blick auf die gesellschaftliche Integration von Menschen mit Migrationshintergrund oft defizitorientiert. Sie wurden meist als Adressaten freiwilligen Engagements wahrgenommen, als Hilfeempfänger, die Unterstützung durch Angehörige der Aufnahmegesellschaft erfahren. Heute geht es immer häufiger auch um die eigene freiwillige Tätigkeit von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Sie engagieren sich in den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen: als Fußballtrainer, in der Sprachförderung, im Pflegebereich und als Integrationsbegleiter für neu Zugewanderte. Und sie engagieren sich in unterschiedlichen Organisationsformen, in der privaten Selbsthilfe (etwa in der Familie und Verwandtschaft), der Nachbarschaftshilfe, in politischen Initiativen und Selbsthilfeorganisationen, Vereinen, Verbänden und Netzwerken.

Eine häufig gemachte Annahme scheint dabei widerlegt zu werden: Migranten engagieren sich nicht vornehmlich gemeinsam mit Angehörigen der Herkunftskultur, in der Forschung als „Bonding“ bezeichnet, sondern genauso oft mit Engagierten deutscher Herkunft (vhw-Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V. 2009: 46). Daher beziehen Engagementprojekte und -programme diese verschiedenen Rollenverständnisse ein und nutzen sie, indem sie etwa gezielt das gemeinsame

Engagement von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund fördern.

Die inhaltliche Ausrichtung von Engagementangeboten im Integrationsbereich in Baden-Württemberg und in Deutschland lässt sich verschiedenen gesellschaftspolitischen Handlungsfeldern zuordnen, wie der Bildungs- oder Seniorenpolitik. Und sie entsprechen den Motiven von Menschen mit Migrationshintergrund zum Engagement, die häufig die gleichen wie bei Engagierten der Aufnahmegesellschaft sind: der Wunsch, gebraucht zu werden, Anerkennung zu erfahren oder das Einbringen von persönlichen Fähigkeiten und fachlichen Kenntnissen. Einige Engagementmotive spielen für Menschen mit Migrationshintergrund eine besondere Rolle, wie etwa die Verbesserung ihrer Sprachkenntnisse, die Vermittlung des eigenen kulturellen Hintergrunds oder der Erwerb neuer Qualifikationen, durch die sie sich höhere Chancen auf dem Arbeitsmarkt erhoffen. Nicht zuletzt wird auch Kritik formuliert, etwa an Lotsenprojekten. Demnach kann der freiwillige Einsatz von qualifizierten Lotsen auf Kosten der Abschaffung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze erfolgen, was freilich auch für Menschen ohne Migrationshintergrund gilt. Ein anderes Argument ist, dass durch den zunehmenden Einsatz von Lotsen im Integrationsbereich gerade die Dominanz des Engagementverständnisses der Mehrheitsgesellschaft bzw. der beteiligten Akteure aus Politik oder Wohlfahrtspflege deutlich werde. Das Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund in ihren Communities werde hingegen marginalisiert (vgl. Deilami 2011).

Im Folgenden werden eine Auswahl von beispielhaften Engagementfeldern im Integrationsbereich dargestellt und jeweils Programm- und Projektbeispiele mit Kontaktdaten und Links genannt. Drei anschauliche und erfolgreiche Beispiele für das Engagement von und für Menschen mit Migrationshintergrund werden ausführlich erläutert.

ENGAGEMENTFELD

Teilhabe

„Partizipation durch Engagement“ ist weit mehr als eine politische Forderung des Integrationsplans und der Nationalen Engagementstrategie. Vielmehr haben Menschen mit Migrationshintergrund häufig selbst die Erwartung, dass ihr Engagement zur Erhöhung ihrer gesellschaftlichen Teilhabe beitrage. Die Evaluierung der Generationsübergreifenden Freiwilligendienste (GÜF) hat etwa gezeigt, dass Migranten ihr eigenes Engagement signifikant häufiger als andere mit einer Steigerung von Teilhabemöglichkeiten verbunden haben – und diese Erwartung auch erfüllt sahen (Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung 2008). So engagieren sich in Baden-Württemberg und bundesweit Menschen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte als Integrationsbegleiter oder -lotsen und unterstützen Immigranten, Hürden in ihrer neuen Heimat zu meistern. Diese gibt es nicht nur in Behörden, sie entstehen etwa auch, wenn das eigene Kind in der Schule angemeldet werden soll – und der eigene Sprachkurs gerade erst begonnen hat. Integrationsbegleiter gibt es vielerorts, etwa bei der Diakonie Heidelberg oder in der ehrenamtlichen Integrationsbegleitung Freiburg. Teilhabe ist besonders für

Flüchtlinge schwer zu erreichen, in der Initiative „Jugendliche ohne Grenzen“ setzen sich junge Flüchtlinge und Migrant/innen für Flüchtlingsschutz und Kinderrechte in Deutschland ein.

>> KONTAKTE UND LINKS

Integrationsbegleiter
Diakonisches Werk Heidelberg
www.diakonie-heidelberg.de/integrationsbegleiter

Ehrenamtliche Integrationsbegleitung
Büro für Migration und Integration
der Stadt Freiburg
Virginia Gamarra de Lang
Tel.: 0761 / 201-3056
migration@stadt.freiburg.de

Jugendliche ohne Grenzen
www.jugendliche-ohne-grenzen.de/
<http://jogspace.net/>



ENGAGEMENTFELD

Sprachkompetenzen

Sprachkompetenz gilt als Schlüssel zu Partizipation. Die Verbesserung der Sprachkenntnisse hat daher einen hohen Stellenwert sowohl für engagierte Menschen mit Migrationshintergrund als auch in Angeboten für Angehörige der Mehrheitsgesellschaft, die sich in der Sprachförderung engagieren. Das Integrationsprogramm des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) macht die Sprachförderung zu einem zentralen Thema – und zwar nicht nur institutionell, sondern es nennt auch freiwilliges Engagement als Handlungsfeld. Das Ministerium für Integration Baden-Württemberg setzt gemeinsam mit der Baden-Württemberg Stiftung das Programm „Integrationsbegleitung in besonderen Lebenslagen“ um, in dem eine ehrenamtliche Integrationsbegleitung kombiniert wird mit der Teilnahme an einem Sprachkurs. Hier richten sich Integrationsbegleiter unter anderem an schon länger in Deutschland lebende Menschen mit Zuwanderungsgeschichte und Sprachdefiziten,

etwa an diejenigen, die nicht die Gelegenheit hatten, die erst 2005 eingerichteten Integrationskurse zu besuchen. Ein entsprechendes Projekt wird auch von der Caritas in Stuttgart angeboten.

>> KONTAKTE UND LINKS

Integrationsbegleitung in besonderen Lebenslagen
Ministerium für Integration Baden-Württemberg
Baden-Württemberg Stiftung
www.bwstiftung.de/index.php?id=179

Ehrenamtliche Integrationsbegleiter
Caritasverband für Stuttgart e.V.
www.caritas-stuttgart.de/63647.html

BEISPIEL SPRACHKOMPETENZ: SPRACHMITTLER IN KONSTANZ

Sprachbarrieren können nicht nur Teilhabe verhindern, sondern auch zu existenziellen Bedrohungen führen – etwa, wenn im Krankenhaus wichtige Informationen aus der eigenen Krankengeschichte nicht mitgeteilt werden können und Angehörige oder die eigenen Kinder mit der Übersetzung überfordert sind. Um dem zu begegnen, gibt es in der Stadt Konstanz und im Landkreis die ehrenamtlichen Sprachmittler. Das Angebot „Hilfestellungen in Beratungsgesprächen“ richtet sich an soziale und gesundheitliche Einrichtungen. Die freiwilligen Dolmetscher engagieren sich für Migranten mit fehlenden Deutschkenntnissen bei Gesprächen in Behörden, in Einrichtungen wie dem Job Center, Jugendamt oder Schulen und auf Informationsveranstaltungen. Die mittlerweile 140 Sprachmittler sind selbst Menschen mit Zuwanderungsgeschichte und dolmetschen in 45 Sprachen. Die eingerichtete Dolmetscherbörse vermittelt in ehrenamtlicher Koordination etwa sechs bis acht Einsätze pro Woche.

Für die Sprachmittler wird ein umfangreiches Qualifizierungsprogramm angeboten – koordiniert von der Leiterin der Fachstelle für Bürgerschaftliches Engagement des Landkreises und der Integrationsbeauftragten der Stadt Konstanz. Dazu gehört eine Grundqualifikation, bei der Basisinformationen zum ehrenamtlichen Dolmetschen inklusive rechtlicher Grundlagen, wie Datenschutz und Schweigepflicht, vermittelt werden. Einen weiteren Bestandteil machen Seminare aus, die beispielsweise Abgrenzungstechniken vermitteln. Denn Sprachmittler können für ihre Zielgruppe ein Strohalm sein, den man in der Not nicht mehr loslassen möchte. Grundsätzlich werden bei den Qualifizierungsangeboten die

verschiedenen Partner und Akteure mit einbezogen, etwa Mitarbeiter von Kliniken und Beratungsstellen.

Um sich über Erfahrungen und Schwierigkeiten auszutauschen, werden regelmäßig Begegnungs- und Austauschtreffen organisiert.

Das Projekt wird durch die Robert-Bosch-Stiftung, das Landesnetzwerk Baden-Württemberg sowie den Landkreis und die Stadt Konstanz gefördert. Nach über sechs Jahren Laufzeit zeigt sich, dass der Erfolg nicht nur in der Hilfe bei der Überwindung von Sprachbarrieren und der Förderung der Engagementbereitschaft von Menschen mit Migrationshintergrund liegt. Das Projekt trägt vielmehr auch zur kulturellen Sensibilisierung bei. Es fördert den Dialog zwischen den Kulturen nicht nur auf individueller, sondern auch auf Ebene der beteiligten Institutionen und Organisationen.

KONTAKT

Fachstellenleitung der Kontakt- und Koordinierungsstelle für Bürgerschaftliches Engagement (BE) im Landratsamt Konstanz

Annette Breitsameter-Grössl, Benediktinerplatz 1,
78467 Konstanz, Tel.: 07531/800-1783
annette.breitsameter-groessler@landkreis-konstanz.de

Integrationsbeauftragte der Stadt Konstanz Verwaltungsgebäude Laube

Elke Cybulla, Untere Laube 24, 78459 Konstanz
Tel.: 07531/900-456, CybullaE@stadt.konstanz.de
www.konstanz.de/wirtschaft/01620/01621/index.html



Die Sprachmittler in Konstanz

BEISPIEL BILDUNG: STARTKLAR IN STUTTGART

Jugendliche mit Migrationshintergrund beenden die Schulbahn häufiger mit einem schlechteren Abschluss als Jugendliche ohne Migrationshintergrund (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2010: 95f). Um deren Chancen auf einen Ausbildungsplatz zu erhöhen, engagieren sich Seniorpartner im Projekt „STARTklar“ an Stuttgarter Hauptschulen, die einen Migrantenanteil von ca. 90 % aufweisen. Sie unterstützen rund 300 Schülerinnen und Schüler bei der Ausbildungsplatzsuche oder der Anmeldung für eine weiterführende Schule. Die Seniorpartner gehören zu der wachsenden Bevölkerungsgruppe „55plus“ und stammen meist aus dem akademischen Milieu. Sie übernehmen in der achten Klasse eine Gruppe von vier bis fünf Schülern und begleiten sie für zwei Schuljahre. Im Zweiwochenrhythmus trainieren die Seniorpartner mit den Schülerinnen und Schülern Gesprächstechniken, die sie in Vorstellungsgesprächen anwenden können, unterstützen sie bei der Identifikation von geeigneten Berufsfeldern und vermitteln Praktika – etwa in Unternehmen, in denen sie selbst tätig waren. Die Türöffnerfunktion führte in einigen Fällen dazu, dass die Seniorpartner die Jugendlichen auch direkt an Ausbildungsbetriebe vermittelten. Die Begleitung durch die Freiwilligen endet dann meist nicht mit dem Schulabschluss, sondern reicht bis weit in die Ausbildungsphase hinein.

Neben dem berufsorientierten Training geht es auch um das Erlernen sozialer Kompetenzen wie Teamfähigkeit, den Umgang mit Selbstkritik oder das sichere Auftreten vor Gruppen. Ein besonderer Nutzen des Projekts liegt in der Verbesserung der Sprach- und Ausdrucksfähig-

keit der Jugendlichen. Die Seniorpartner werden so zu einer wichtigen Bezugsperson für die Schüler und schließen durch ihre intensive und individuelle Arbeit eine Lücke, die Lehrer und Sozialpädagogen nicht füllen können.

Für ihre Tätigkeiten als Seniorpartner erhalten sie Qualifizierungsangebote in Kommunikationstechniken sowie Schulungen, die sie in der Beratung der Jugendlichen nutzen können, etwa zu Angeboten weiterführender Schulen, ausbildungsbegleitenden Beratungseinrichtungen und zu Freiwilligendiensten. „STARTklar“ läuft nun im siebten Jahr und wird von der Stabsabteilung für Integrationspolitik der Stadt Stuttgart koordiniert.

KONTAKT

**Landeshauptstadt Stuttgart
Abteilung für Integration**

Claudia Grimaldi
Eberhardstr. 61
70173 Stuttgart
Tel.: 0711/216-2630
claudia.grimaldi@stuttgart.de
www.stuttgart.de/startklar



Seniorpartner betreuen Schüler beim Übergang in den Beruf.

ENGAGEMENTFELD

Bildung

Engagementprojekte und -programme fokussieren das Thema Bildung auch jenseits von Sprachförderung und widmen sich der Qualifizierung von Migranten und Migrantinnen bzw. Menschen mit Migrationshintergrund. Sie setzen dabei auf der einen Seite bei der qualifizierenden Unterstützung durch Ehrenamtliche an, etwa beim Eintritt in den ersten Arbeitsmarkt. Das Engagement bietet aber auch für selbst freiwillig tätige Menschen mit Migrationshintergrund viele Bildungspotenziale. Das gilt sowohl für tätigkeitsbezogene, fachliche Weiterbildungen oder Grundqualifikationen (wie etwa Rhetorikkurse) als auch für die Weiterentwicklung in persönlichen Interessensfeldern. Im Engagement erworbene Fähigkeiten können nicht nur im Beruf angewandt und als Nachweis bei der Bewerbung einen gewichtigen Vorteil bieten, sie vermitteln auch wichtige soziale Kompetenzen.

Bildungsprojekte für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte als Adressaten des Engagements sind zum Beispiel Patenmodelle, bei denen ältere Menschen Jugendliche mit Migrationshintergrund bei der Ausbildungsplatzsuche unterstützen. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales realisiert das XENOS-Programm „Integration und Vielfalt“. Voraussichtlich diesen Herbst starten die Projekte der zweiten Förderungsrunde, die das Ziel haben, insbesondere benachteiligte Jugendliche und junge Erwachsene mit und ohne Migrationshintergrund bei ihrer Integration in die Gesellschaft und in den Arbeitsmarkt zu fördern. In einem anderen Beispiel qualifiziert die baden-württembergische Elternstiftung Menschen mit Migrationsgeschichte zu Elternmentoren. Diese unterstützen Eltern, meist mit Migrationshintergrund, bei der Bewältigung des Schulalltags

ihrer Kinder. Die Mentoren werden je nach Schulform eingesetzt und qualifiziert.

>> KONTAKTE UND LINKS

XENOS „Integration und Vielfalt“
Bundesministerium für Arbeit und
Soziales
xenos@bmas.bund.de
www.xenos-de.de

Elternmentoren
Elternstiftung Baden-Württemberg
www.elternstiftung.de/elternmentoren.
html



ENGAGEMENTFELD

Kinder und Jugendliche
mit Migrationshintergrund

Im Bildungsbereich überschneidet sich das Engagement für und von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Im Vordergrund steht nicht nur die Unterstützung in der schulischen Laufbahn. Denn für junge Menschen – mit oder ohne Migrationshintergrund – liegen die Potenziale des Engagements im besonders Maße in der Entwicklung sozialer Kompetenzen sowie der persönlichen Orientierung. Dies trifft sowohl auf die zahlreichen Jugendfreiwilligendienste zu als auch auf die Übernahme klassischer Ehrenämter – etwa im Sportverein oder bei der Jugendfeuerwehr.

Die Förderung junger Menschen mit Migrationshintergrund hat in Baden-Württemberg Tradition. Etwa werden in der Integrationsoffensive Baden-Württemberg Projekte der offenen, verbandlichen und kulturellen Kinder- und Jugendarbeit sowie der Jugendsozialarbeit zur Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund unterstützt. Gefördert wird die Integrationsoffensive durch die Landesministerien für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren sowie für Kultus, Jugend und Sport. Außerdem hat die Jugendstiftung Baden-Württemberg das Programm PASSgenau entwickelt. Unter anderem werden hier Jugendliche mit Migrationshintergrund und Betriebe mit ausländischen Inhabern für die Aktion „Mitmachen Ehrensache“ gewonnen, bei der Jugendliche am internationalen Tag des Ehrenamts für einen Tag in einem

BEISPIEL KINDER UND JUGENDLICHE MIT MIGRATIONS- HINTERGRUND: JUMILO IN FREUDENSTADT

Im Projekt „JuMiLo“ engagieren sich rund 20 Lotsen mit und ohne Migrationshintergrund gemeinsam. Sie sind zwischen 14 und 20 Jahre alt und stammen häufig aus Familien, die aus Nicht-EU-Staaten eingewandert sind. Gemeinsam leiten die Jugendlichen an ihren Schulen Gruppen und bieten vor allem Nachhilfeunterricht an. Sie schulen andere Kinder und Jugendliche im Internet-Café im sicheren Umgang mit dem World Wide Web oder geben Gitarrenkurse.

Indem sie Projekte selbst anleiten und sich auf ihre Zielgruppe einstellen, trainieren die Jugendlichen Leitungsfähigkeiten wie Zuverlässigkeit und die Übernahme von Verantwortung. Zudem stärkt das Sprechen vor der Gruppe ihre Sprachkompetenz. Und: Sie können sich ausprobieren, ihre eigene Kreativität entdecken und ihre Ideen in den Gruppen umsetzen. Der Migrationshintergrund spielt bei der Tätigkeit der Lotsinnen und Lotsen kaum eine Rolle, so die Erfahrungen der Projektinitiation. Unterschiede gibt es eher beim Anwerben, da Jugendliche mit Migrationshintergrund mangels Vorbildern im persönlichen Umfeld, oft durch eine fehlende Ehrenamtstradition in der Herkunftskultur bedingt, teilweise skeptischer seien.

Auf ihre Tätigkeiten werden die Lotsen in verschiedenen Kursen vorbereitet. Dabei geht es weniger um die fachliche Qualifizierung, denn Kenntnisse im Umgang mit bestimmten Computerprogrammen bringen die Jugendlichen meist schon mit. Vielmehr geht es um didaktische und methodische Kenntnisse: Wie vermittele ich komplizierte Inhalte verständlich? Wie trete ich vor einer Gruppe auf? Und wie kann man bei Konflikten deeskalierend eingreifen?

JuMiLo wird in Freudenstadt vom Internationalen Bund (IB) und an 14 anderen Standorten in Deutschland von Trägern der Jugendsozialarbeit durchgeführt. Das Programm wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) sowie aus Geldern des Europäischen Integrationsfonds (IF) finanziert. Der IB in Freudenstadt ist dabei nicht nur für die Konzipierung und Durchführung der Qualifizierungen zuständig, die in enger Zusammenarbeit mit den Jugendmigrationsdiensten durchgeführt werden. Sondern er setzt sich zudem für die nachhaltige kommunale Verankerung des Projekts ein. Zudem konnten hier bereits wichtige Partner gewonnen werden, wie das Jugendamt oder das Schulamt, das das



Ein Beispiel für gelungene Netzwerkarbeit: JuMiLo in Freudenstadt

Projekt bewirbt, sowie die Volkshochschule, die Räumlichkeiten zur Verfügung stellt oder der Kreisjugendring, der die Lotsen im Rahmen der JULEICA-Ausbildung qualifiziert.

KONTAKT

**Projekt JuMiLo – Freiwilligendienste im
Jugendmigrationsdienst**

Internationaler Bund (IB) e.V.

Bildungszentrum Nordschwarzwald

Inga Locmele

Wittlensweiler Str. 12, 72250 Freudenstadt

Tel.: 07441/84922

Inga.Locmele@internationaler-bund.de

<http://www.engagiert-was-sonst.de/vor-ort/freudenstadt/>



Betrieb arbeiten und ihren Arbeitslohn für gemeinnützige Zwecke spenden. Zudem setzt der Landesjugendring, gefördert durch die Baden-Württemberg Stiftung, das Projekt „Wir sind dabei! – Integration durch soziales Engagement“ um. Fest etabliert sind die Angebote der Jugendmigrationsdienste, in deren Rahmen Jugendliche mit Migrationshintergrund unter anderem durch Einbindung ehrenamtlicher Strukturen begleitet werden, etwa bei der Berufsfindung, Familienplanung oder Einkommenssicherung.

>> KONTAKTE UND LINKS

Integrationsoffensive Baden-Württemberg
Sozial- und Kultusministerien
Baden-Württemberg
www.integrationsoffensive.de

PASSgenau
Jugendstiftung Baden-Württemberg
www.jugendstiftung.de/index.php?id=50

Wir sind dabei! Integration durch soziales Engagement
Baden-Württemberg-Stiftung
Landesjugendring Baden-Württemberg
www.wirsinddabei-bw.de/

Jugendmigrationsdienste
Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend
www.jugendmigrationsdienste.de

ENGAGEMENTFELD

Ältere Menschen mit Migrationshintergrund

Heute haben 8,4% der über 64-Jährigen in Deutschland einen Migrationshintergrund und diese Zahl wird sich bis 2030 voraussichtlich verdoppeln (Menning/Hoffmann 2009). Für Ältere ohne Migrationshintergrund wurde in den letzten Jahren eine Vielzahl von Angeboten und Maßnahmen entwickelt, die sich den Themen Gesundheit und Pflege, Wohnen im Alter sowie Teilhabe widmen. Das freiwillige Engagement ist dabei ein Querschnittsthema, wie diverse programmatische und sozialrechtliche Initiativen des Bundes belegen. Die Bedarfe und Möglichkeiten von Älteren mit Migrationshintergrund spielen dabei noch eine untergeordnete Rolle. Das hängt einerseits mit dem „blinden Fleck“ zum Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund zusammen: Die Tätigkeit von älteren Migranten in Migrantenorganisationen oder Moschee-Vereinen wird öffentlich noch kaum wahrgenommen. Andererseits ist der Begriff des Ehrenamts oder des freiwilligen Engagements älteren Menschen mit Migrationshintergrund häufig fremd. Und deshalb ist eine besondere Ansprache durch Freiwilligenorganisationen oder Seniorenbüros notwendig (vgl. Deutscher Verein 2010). Wohl deshalb sind die Aktivitäten in Baden-Württemberg übersichtlich. Um ältere Migranten verstärkt einzubinden, hat beispielsweise die Arbeiterwohlfahrt (AWO) Württemberg einige interkulturelle Begegnungs- und Servicezentren eröffnet. So konnten freiwillig Tätige mit Migrationshintergrund auch als Türöffner ins Engagement für andere Ältere mit Migrationshintergrund gewonnen werden. Im Bereich Pflege spielt vor allem der kultursensible Aspekt eine wichtige Rolle, wie bei Dong Heng – Interkultureller Förderverein für Hospizdienste e.V. in Berlin oder der Initiative „Kultursensible Altenhilfe“ der Caritas Stuttgart, in der sich ältere Migrantinnen und Migranten unter anderem als Dolmetscher engagieren.

>> KONTAKTE UND LINKS

AWO Württemberg
Referat für Altenhilfe
www.awo-wuerttemberg.de

Dong Heng Interkultureller Förderverein für Hospizdienste
<http://www.dongheng.de/>

Caritas Stuttgart
Kultursensible Altenhilfe
www.caritas-stuttgart.de/66288.html

NIKLAS ALT



Menschen mit Migrationshintergrund sind „Schlüsselakteure“ der Integrationsarbeit.

Potenziale und Bedarfe

MIGRANTENORGANISATIONEN UND INTEGRATION

2001 wurden in das Ausländervereinsregister des Bundesverwaltungsamts etwa 16.000 Migrantenvereine eingetragen. Kurz zuvor, im Jahr 1999, wurden bei der bislang einzigen umfassenden Bestandsaufnahme über 2.200 Migrantenorganisationen allein in Nordrhein-Westfalen erfasst (Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung 1999). Diese beiden Zahlen sind Anhaltspunkte einer sprunghaften Entwicklung von Vereinsgründungen durch Menschen mit Migrationshintergrund. Die Vielzahl der gleichzeitig entstandenen informellen, nicht registrierten Netzwerke kann allerdings nur erahnt werden. Seit den ersten Gründungen von Migrantenvereinen in den 1950er und 1960er Jahren im Kontext der „Gastarbeiteranwerbung“ hat sich eine Vielzahl von Arbeiter- und Kulturvereinen sowie religiöser Vereinigungen gegründet (Hunger 2004). Beratungs- und Fürsorgeaufgaben wurden jedoch meist noch von den deutschen Wohlfahrtsverbänden übernommen. Mit der Wiedervereinigung dürfte sich die Zahl der Vereine nochmals erhöht haben. Mittlerweile existierten auch zahlreiche Eltern-, Freizeit- und Sportvereine.

In den vergangenen zehn Jahren haben sich Migrantenorganisationen (MO) und ihre Aktivitäten als Schlüsselakteure der Integrationsarbeit etabliert. Verlässliche Angaben zur Anzahl der heute existierenden Organisationen gibt es nicht. Einer der Hauptgründe liegt darin, dass MO nicht immer eingetragene Vereine sind, sondern auch in informellen Netzwerken, wie im Verwandtschafts- und Nachbarschaftskontext bestehen. Außerdem variieren nicht nur die Größe und der Organisationsgrad der Vereinigungen erheblich, sondern auch die Zusammensetzung der Mitglieder, die ideellen Ansätze sowie die personellen und materiellen Ressourcen. In der Forschung über Migrantenorganisationen werden herkunftshomogene und herkunftsheterogene Organisationen unterschieden (Huth 2007). Bei herkunftshomogenen Organisationen kommen die Mitglieder aus einem Land, einer bestimmten Region oder ethnischen Gruppe, während sie bei herkunftsheterogenen MO aus verschiedenen Ländern stammen oder sich Menschen mit und ohne Migrationshintergrund zusammenfinden. Die Themenbereiche und Funktionen von MO umfassen mittlerweile nicht mehr „nur“ die Kulturpflege und

Hilfestellung, sondern verstärkt auch Beratungsfunktionen für Assoziierte und politische Akteure, herkunftslandbezogene (Entwicklungs-)Aktivitäten und die aktive Beteiligung an aktuellen politischen, sozialen und religiösen Debatten. Auch wenn sich das Selbstverständnis und die Funktionen vieler MO in den letzten Jahren verändert haben, ist es häufig noch unklar, welchen Beitrag ihr Engagement für die Integrationsarbeit leistet. Einerseits bleibt umstritten, in wieweit die Organisationen als „Repräsentantinnen“ bestimmter Einwanderer-Communities gesehen und angesprochen werden können. Andererseits werden die Aktivitäten von MO teilweise skeptisch als integrationshemmend beschrieben, da das Engagement der Organisation auf eine explizite Abgrenzung zur Mehrheitsgesellschaft gerichtet sein könnte.

MO werden dennoch von Politik und Verwaltung als „Brücke“ zur Mehrheitsgesellschaft wahrgenommen. Ihre Potenziale werden insbesondere in der eigenen Migrationserfahrung der dort Engagierten gesehen sowie in ihrem Wissen bezüglich der Bedürfnisse, angemessener Kommunikationsformen und Zugangswege zu Einwanderer-Communities (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2010). Im Zuge dieser Einbeziehung und Beteiligung auf politischer Ebene, wie beispielsweise auch im Entstehungsprozess des Nationalen Integrationsplans (NIP), wachsen auch die Erwartungen an Migrantenorganisationen, sich umfassend für nachhaltige Integration zu engagieren und verstärkt beratend sowie als Projektträger tätig zu werden. Um diese Anforderungen erfüllen zu können, müssen nicht nur entsprechende Engagementmöglichkeiten und -angebote bereitgestellt werden, sondern auch genutzt werden können. Hierbei mangelt es allerdings oft an Rücksicht auf die prekäre Ressourcenlage vieler MO und an einer generell differenzierten Betrachtung, die aufgrund der Vielfalt und Unterschiedlichkeit der Organisationen angemessen wäre. Hindernisse ergeben sich besonders bei Projektausschreibungen aufgrund der teilweise komplexen Projektantragsverfahren. Hier fehlen nicht nur die Kompetenzen, sondern es können, wie auch bei vielen deutschen Vereinen, Förderbedingungen oft schlicht nicht erfüllt werden, da häufig Eigenanteile oder sogar die Kofinanzierung des Projekts vorausgesetzt werden.

FREIWILLIGENARBEIT UND MIGRANTENORGANISATIONEN

Die Förderung und Einbindung freiwillig Engagierter ist bei etablierten Trägern von Freiwilligendiensten sowie in „einheimischen“ Vereinen und Verbänden zentraler Arbeitsschwerpunkt. Menschen mit Zuwanderungsgeschichte profitieren jedoch erst in geringem Maße von Unterstützungs- und Beratungsleistungen der Institutionen im Freiwilligen Sektor, zum Beispiel von

Freiwilligeagenturen. In Migrantenorganisationen selbst ist das Thema Freiwilligenförderung und -management erst vereinzelt angekommen. Gründe für die geringe Ansprache potenzieller Freiwilliger mit Migrationshintergrund können aufseiten der deutschen Organisationen mangelndes Problembewusstsein oder wenig fortgeschrittene interkulturelle Öffnung und Kompetenzen sowie schlicht ein Mangel an Bereitschaft sein. Menschen mit Migrationshintergrund selbst und ihre Organisationen wissen häufig gar nicht genug von Engagementmöglichkeiten oder können Angebote aufgrund von Sprachbarrieren nicht wahrnehmen. Im Vergleich zu einheimischen Organisationen fehlt bei Migrantenorganisationen zudem die weitreichende Vernetzung im Freiwilligensektor. Engagement findet hier häufig in Bezug auf die eigene Gemeinschaft statt; die Orientierung am Gemeinwesen ist nachgeordnet.

Erst in wenigen Studien ist das Thema „Freiwilligenmanagement in Migrantenorganisationen“ Untersuchungsgegenstand. Hierbei werden zum einen die Hindernisse für Freiwilligenarbeit in MO thematisiert und zum anderen entsprechende Handlungsempfehlungen erarbeitet (zum Beispiel Halm/Sauer 2005, Institut für berufliche Bildung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik GmbH 2003 und 2011). Demnach ergäben sich Hürden häufig aus strukturellen Gründen: Es gibt nur wenige MO, die in größeren Zusammenhängen vernetzt und aktiv sind, wie beispielsweise einige Dach- und Landesverbände. Meist agiert jedoch nur eine kleine Zahl von Ehrenamtlichen in den Organisationen, die zusätzliche Handlungsfelder aus zeitlichen und materiellen Gründen schlicht nicht bearbeiten können. Es fehlen häufig Wissen und Kompetenzen, um den Bereich Freiwilligenarbeit und -management nachhaltig ausbauen sowie aktiv potenzielle Freiwillige ansprechen zu können. Neben finanzieller und struktureller Förderung betrifft eine der zentralen Handlungsempfehlungen die stärkere Vernetzung von Migrantenorganisationen und „einheimischen“, etablierten Vereinen und Verbänden. Beide könnten im Hinblick auf die interkulturelle Öffnung voneinander lernen. Zudem werden von MO oft Zielgruppen erreicht, die bisher nur schwer für Freiwilligenarbeit angesprochen werden konnten. Umgekehrt könnten sich MO grundlegende Kompetenzen im Freiwilligenmanagement und bezüglich einer Anerkennungskultur von etablierten Trägern aneignen.

Auf beiden Seiten – den etablierten Trägern im Freiwilligen Sektor und MO – finden Annäherungsversuche jedoch erst erhalten statt. Gründe können Vorbehalte sein oder schlicht die Unkenntnis beiderseitiger Ziele und Aktivitäten. Neuere Entwicklungen zeigen jedoch, dass vermehrt auch hier Projekte konzipiert werden, die die Vernetzung und gemeinsame Trägerschaft von etablierten Institutionen aus dem Freiwilligensektor und MO anstreben. Hier ist insbesondere das Projekt „Interkul-

FIND THE WAY IN KARLSRUHE

Der Verein „Interkulturelle Kommunikation und Russische Sprache“ (IKaRuS e.V.) hat sich mit dem Qualifizierungsprojekt „Find the Way“ die Förderung und Vernetzung der Jugendarbeit in russischen Migrantenorganisationen in Baden-Württemberg zum Ziel gesetzt. Seit 2010 werden dabei einerseits die beteiligten MO für den Bereich der Jugendarbeit qualifiziert und bei der Professionalisierung ihrer Arbeit gefördert, zum Beispiel durch Schulungen und Fortbildungen. Andererseits wird die Vernetzung untereinander und besonders mit etablierten Verbänden in der Jugendarbeit unterstützt, wie zum Beispiel den Stadt- und Kreisjugendringen. Dadurch wurde bereits die Qualifizierung ehrenamtlicher Jugendleiter ermöglicht; gemeinsame interkulturelle Veranstaltungen wurden durchgeführt. Die Vereine „Alle zusammen e.V.“ (Mannheim und Heidelberg) und „Rossinka e.V.“ (Rheinfelden) kooperieren bereits mit den jeweiligen Jugendringen. Mosaika e.V. arbeitet intensiv mit dem Stadtjugendausschuss in Karlsruhe zusammen. Aktuell wird mit dem Projekt der Aufbau des russisch-deutschen Kulturvereins in Ulm unterstützt. Bis Ende des Jahres 2011 wird „Find the way“ noch von der Integrations-offensive Baden-Württemberg gefördert. Um die Netzwerkarbeit nachhaltig abzusichern, wird momentan der gemeinsame Verband „Polylog e.V.“ gegründet.

KONTAKT

IKaRuS – Interkulturelle Kommunikation und russische Sprache e.V.

Netzwerkladen Innenstadt West im Leos Café

Ekaterina Koudrjajtseva
 Leopoldstr. 7
 76133 Karlsruhe
 Tel.: 0179/7638609
 ekoudrjajtseva@yahoo.de



Sprachvermittlung im Verein IKaRuS in Karlsruhe

turelle Freiwilligenagentur (IKFA) – Tandemprojekt mit der Türkischen Gemeinde in Deutschland“ der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen e.V. (bagfa) zu nennen, bei dem momentan zwei interkulturelle Freiwilligenagenturen in Berlin und Frankfurt gemeinsam aufgebaut werden. Auch den bereits etablierten Freiwilligenagenturen eine zentrale Rolle zu: Sie motivieren Menschen nicht nur zum Engagement und entwickeln entsprechende Projekte, sondern sie beraten auch Organisationen bei der Schaffung von Rahmenbedingungen für den Einsatz von Freiwilligen. Da diese Angebote bisher größtenteils von Menschen ohne Migrationshintergrund wahrgenommen werden, setzen einige Projekte, wie zum Beispiel „Qualitätsentwicklung von Freiwilligenagenturen im Bereich Migration“, hier an und unterstützen interkulturelle Öffnungsprozesse „einheimischer“ Institutionen (Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen e.V.). Dass es auch bei MO verstärkt Interesse an aktiver Freiwilligenarbeit gibt, wird im Projekt „Migrantenorganisationen als Träger von Freiwilligendiensten“ deutlich. Als erste Organisation hat sich die Türkische Gemeinde in Deutschland als Träger für das „Freiwillige Soziale Jahr (FSJ)“ etabliert (Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V.). Zwei weitere MO sind mittlerweile auch Träger des FSJ – die Vereine Südost Europa Kultur e.V. und Club Dialog e.V.

Seit Kurzem wird das Konzept „Interkulturelle Freiwilligendienste“ verstärkt diskutiert, bei dem Kooperationsmöglichkeiten zwischen etablierten Trägern von Freiwilligendiensten unter anderem mit islamischen, jüdischen und ethnischen Verbandsvertretern ausgelotet werden. Dazu gab es eine wegweisende Veranstaltung in Baden-Württemberg, bei der eine gemeinsame Erklärung der Teilnehmer aus verschiedenen Migrantenverbänden und Religionsgemeinschaften unterzeichnet wurde, die ihr Interesse an interkulturellen Freiwilligendiensten bekunden und die Landesregierung dabei um Unterstützung bitten

(Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung 2011c). Auch im BMFSFJ-Programm „Freiwilligendienste aller Generationen“ (FDaG), das seit 2009 durchgeführt wird, wird unter anderem das Ziel verfolgt, Integrationsprozesse zu unterstützen. Im Jahr 2010 haben im FDaG 14% der Freiwilligen einen Migrationshintergrund. 30 % der Einsatzfelder liegen im Bereich „Migration und Interkulturelle Zusammenarbeit“ (Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung 2010). Im Rahmen der Umsetzung des FDaG auf Landesebene hat die Einbeziehung von Integrationsagenturen in Nordrhein-Westfalen Pioniercharakter. Durch diese Kooperation können Integrationsagenturen selbst Einsatzstellen oder Träger von Freiwilligendiensten sein. Auch in Baden-Württemberg richten sich spezielle Förderkomponenten auf die Unterstützung und Professionalisierung „neuer“ Träger von Freiwilligendiensten. Hier werden Tandemprojekte von Kommunen und anderen gemeinnützigen Verbänden mit Migrantenorganisationen gefördert, die den Aufbau nachhaltiger Strukturen und die Gewinnung von Freiwilligen mit Migrationshintergrund unterstützen (Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg 2010).

FÖRDER- UND ENGAGEMENTANGEBOTE FÜR UND VON MO

Die aktuellen Entwicklungen in der Freiwilligenarbeit deuten darauf hin, dass sich MO und etablierte Verbände des Freiwilligensektors stärker vernetzen. Gemeinsame Projekte und Angebote für Freiwilligendienste von, mit und für Menschen mit Migrationshintergrund sowie Migrantenorganisationen werden momentan weiter ausgebaut. Neben dem Freiwilligensektor konzentriert sich die Engagement- und Integrationsförderung auf Bundesebene zwar auch auf Verbesserungen in der Vernetzung, besonders aber von MO untereinander. Handlungs- und Themenbereiche sind dabei vor allem Qualifizierungsmaßnahmen und (Weiter-)Bildungsangebote für Menschen mit Migrationshintergrund. Bundesweite Programme für MO werden beispielsweise vom Paritätischen Gesamtverband und der Bundesarbeitsgemeinschaft für Immigrantenverbände e.V. (BAGIV) durchgeführt. Im Forum der Migranten des Paritätischen Gesamtverbands organisieren sich mittlerweile über 100 MO. Mit der aktuellen Bildungsinitiative „AB in die Zukunft“, verfolgt das Forum aktuell das Leitziel „mehr Abiturienten und Studierende mit Migrationshintergrund“ und entwickelt entsprechende Kampagnen und Unterstützungsangebote. Für die im Forum organisierten MO werden zudem Fortbildungs-, Qualifizierungs- und Beratungsangebote für die Integrationsarbeit von Mitarbeitern in Migrantenorganisationen, zum Beispiel im Rahmen des Projekts „Integration durch Partizipation – Förderung des interkulturellen

Dialogs“, angeboten. Um Qualifizierung und Vernetzung geht es auch im seit 2008 von der Bertelsmann Stiftung durchgeführten Leadership-Programm „Die Brückenbauer der Integration stärken“. Hier werden junge Menschen aus Migrantenorganisationen als Multiplikatoren ausgebildet; sie sollen anschließend als Führungspersonen den Aufbau und die Verstärkung von Organisationsstrukturen in ihren Vereinigungen unterstützen (Bertelsmann Stiftung 2007).

Seit einigen Jahren hat sich auch bei Migrantenorganisationen das Thema „Elternbildung“ in der Integrationsförderung als zentraler Handlungs- und Themenbereich etabliert. MO sind in diesem Bereich schon lange aktiv und bieten umfangreiche Informations- und Beratungsangebote zum Bildungssystem und zum Thema Erziehung für Eltern mit Migrationshintergrund an. Zudem unterstützen sie sie bei Fragen zur Berufsbildung und agieren als Vermittler zwischen Eltern, Schulen und potenziellen Arbeitgebern. Zukünftig sind MO außerdem daran interessiert, ihre Elternarbeit bundesweit zu vernetzen (Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement 2011). Auch die Bundesarbeitsgemeinschaft für Immigrantenverbände e.V. (BAGIV) führt aktuell Projekte durch, unter anderem in der Elternarbeit. Bei „Fit in der Schule – Ohne Eltern geht es nicht!“ werden zum Beispiel Seminare und Workshops für die Mitgliedsverbände der BAGIV angeboten, bei denen elterliche Erziehungskompetenz unterstützt, die zentrale Rolle der Bildung diskutiert und Informationen zum Bildungssystem bereitgestellt werden. Neben den fortschrittlichen Entwicklungen in der Elternarbeit sind MO und weitere Initiativen von Menschen mit Migrationshintergrund auch eigenständige Projektträger, besonders in Programmen auf Landes- und kommunaler Ebene. In der Arbeit mit Migrantenorganisationen und der Engagementförderung sind in Baden-Württemberg beispielsweise die „Integrationsoffensive“ und die Fördermöglichkeiten der Robert-Bosch-Stiftung hervorzuheben. Bei beiden gehört die Jugendarbeit zu den zentralen Handlungs- und Themenfeldern der Engagement- und Integrationsförderung. Im Rahmen der Integrationsoffensive (siehe vorangegangene Artikel) werden Projekte gefördert, die die Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund und die Kooperation mit MO unterstützen. Einerseits sind hier etablierte Träger in der Jugendarbeit angesprochen, wie beispielsweise das Jugendwerk der Arbeiterwohlfahrt (AWO), das innerhalb seiner Strategie der interkulturellen Öffnung mit dem Kernprojekt „Active Culture“ gefördert wird. Andererseits können migrantische Organisationen und Initiativen Projektträger sein, wie zum Beispiel der VereinIKaRuS e.V., der dabei unterstützt wird, die Jugendarbeit und Vernetzung von russischen MO zu fördern. Auch im Programm „Integration junger Migranten“ sind Kinder und Jugendliche Zielgruppen der geförderten Projekte. Initiiert

ACTIVE CULTURE IN STUTTGART

„Active Culture“ wird seit 2009 vom Jugendwerk der Arbeiterwohlfahrt (AWO) Württemberg durchgeführt und im Rahmen der Integrationsoffensive Baden-Württemberg bis Ende 2011 gefördert. Als Hauptprojekt innerhalb der Strategie der interkulturellen Öffnung des Jugendwerks trägt „Active Culture“ zum interkulturellen Austausch und der Engagementförderung von jungen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund bei. Neben einer hauptamtlichen Referentin wird das Projekt unter anderem von zwei Freiwilligen des europäischen Freiwilligendienstes mitorganisiert, die Jugendliche aus Stuttgart und Umgebung einladen, an den regelmäßigen interkulturellen Treffen teilzunehmen und Themenabende sowie gemeinsame Ausflüge mitzugestalten. Ziel ist es insbesondere, Jugendliche mit Migrationshintergrund in die verbandliche Jugendarbeit zu integrieren und Kooperationsprojekte mit Vereinen junger Migranten (VJM), wie dem „Bund Alevitischer Jugend“ und Jugendgruppen aus MO zu initiieren. Als Teamer von Jugendfreizeiten oder im Vorstand des Jugendwerks der AWO sind einige Teilnehmer von „Active Culture“ schon ehrenamtlich engagiert. Gleichzeitig fördert das Projekt die interkulturelle Sensibilisierung der haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter des Jugendwerks. Es ist geplant das Projekt auch im Jahr 2012 fortzuführen, wenn entsprechende Fördermittel akquiriert werden können.

KONTAKT

Jugendwerk der AWO Württemberg e.V.

Referentin für interkulturelle Jugendarbeit und außerschulische Jugendbildung / EVS-Coordinator

Tanja Reißer

Olgastr. 71

70182 Stuttgart

Tel.: 0711/522841

jugendwerk@web.de



Gemeinsam feiern baut Vorurteile ab.

von der Robert-Bosch-Stiftung und umgesetzt von der Stiftung Mitarbeit, werden hier Migrantenorganisationen und andere Vereine auch bundesweit gefördert, die Integrationsprojekte in einer Vielzahl von Handlungsfeldern unterstützen, wie frühkindliche Bildung im Kindergarten, Lernhilfen oder Hausaufgabenbetreuung in Schulen und am Übergang von Schule zu Beruf. In einem aktuellen Projekt „PROMI – Projektmanagement mit Migrantenorganisationen“ wird beispielsweise die Projektkompetenz junger Migranten im Alter zwischen 17 und 27 Jahren gefördert, die über MO oder den Jugendmigrationsdienst erreicht werden. Sie werden bei der Projektentwicklung und Beantragung fachlich begleitet und beraten. Nach Projektende ist geplant, die Beratung für MO über städtische Mittel weiterzuführen (CJD Bodensee-Oberschwaben 2011).

Migrantische Initiativen und Vereinigungen sind auch landesweit eigenständig aktiv. Die Türkische Gemeinde in Baden-Württemberg (tgbw), führt als einzige MO innerhalb des Netzwerks für Bildungspartner e.V. und in Kooperation mit dem Paritätischen Wohlfahrtsverband das Projekt „Integration in Baden-Württemberg – Gemeinsam mit den Eltern für neue Bildungschancen“ durch. Hierbei wird der Kontakt von Eltern mit Migrationshintergrund und Bildungseinrichtungen bei regelmäßigen Treffen in verschiedenen Städten und Landkreisen hergestellt, wobei die tgbw für den Regierungsbezirk Stuttgart zuständig ist. Ziel ist es, Projekte wie zum Beispiel Eltern-Cafés oder -workshops zu initiieren, die in einem Netzwerk, möglichst zusammen mit MO entstehen. Zusammen mit der Türkischen Gemeinde in Deutschland (TGD) werden von der tgbw auch Qualifizierungsangebote für MO angeboten, die Kenntnisse in

den Bereichen Projektentwicklung, Projektmanagement und Fördermittelakquise vermitteln. In den Engagement- und Integrationsprogrammen des Deutsch-Türkischen Forums (DTF) stehen die Bildungs- und Kulturförderung im Zentrum der Aktivitäten. Im Bildungsbereich werden Engagement und Bildungserfolge besonders durch das Stipendien- und Mentorenprogramm „Ağabey-Abla“ (großer Bruder – große Schwester) unterstützt. Bei den Kulturprogrammreihen des DTF fördern zahlreiche ehrenamtliche Helfer den interkulturellen Austausch besonders bei den deutsch-türkischen Kabarettwochen und den Literaturnächten. Mittlerweile gehören Migrantenorganisationen auf Bundes- und Landesebene zu den zentralen integrationspolitischen Akteuren, wobei sie in ihren Strukturen, Funktions- und Engagementbereichen stark variieren. Um den integrationsfördernden Beitrag der vielfältigen Aktivitäten von und mit MO zu gewährleisten und auszubauen, ist es weiterhin notwendig, bedarfsgerechte Förderungsmaßnahmen zu entwickeln sowie Anforderungen entsprechend der Kapazitäten zu formulieren und Kooperationen mit politischen und verbandlichen Akteuren auf eine gleichberechtigte Basis zu stellen.

JULIA SCHAD



Bei den Kulturprogrammreihen des DTF fördern zahlreiche ehrenamtliche Helfer den interkulturellen Austausch, besonders bei den deutsch-türkischen Kabarettwochen und den Literaturnächten.

„AGABEY-ABLA“ UND KULTURREIHEN DES DEUTSCH-TÜRKISCHEN FORUMS STUTTGART

Engagement, interkultureller Austausch und die gesellschaftliche Integration werden bei der Bürgerinitiative „Deutsch-Türkisches Forum Stuttgart e.V. (DTF)“ besonders durch Kultur- und Bildungsprogramme gefördert. Für die schon seit dem Jahr 1999 jährlich stattfindenden Kulturreihen, wie beispielsweise die Lesungen bei den Literaturnächten „Literatür“, werden türkischstämmige Autoren nach Stuttgart eingeladen. Sie vermitteln zeitgenössische Literatur aus der Türkei, die beim deutschen und türkischen Publikum gleichermaßen auf großes Interesse stößt. Bei der deutsch-türkischen Kabarettwoche bringen deutschsprachige Kabarettisten und Comedians das Publikum zum Lachen und Nachdenken über Sinn und Unsinn der bundesdeutschen Integrationsdebatte.

Die interkulturelle Arbeit des DTF wird seit 2008 durch eine institutionelle Förderung der Stadt Stuttgart unterstützt. Im Bereich der Engagement- und Bildungsförderung führt das DTF seit 2009 das Stipendien- und Mentorenprogramm „Ağabey-Abla“ (großer Bruder – große Schwester) durch. Begabte deutsch-türkische Gymnasiasten und Studierende können sich jährlich für ein Stipendium bewerben, wenn sie sich als ehrenamtliche Mentoren für türkischstämmige Grund- und Hauptschüler in Stuttgart betätigen wollen. Finanziell gefördert durch die Robert-Bosch-Stiftung sind die „Ağabey-Abla“ nicht nur Vorbilder für ihre jüngeren „Geschwister“, sondern sie werden auch auf ihrem eigenen Bildungsweg gefördert und erhalten Fortbildungen zu fachlichen Themen und ihrer persönlichen Entwicklung.

KONTAKT

Deutsch-Türkisches Forum Stuttgart e.V.

Kerim Arpad – Geschäftsführer

Derya Bermek-Kühn – Programmleiterin „Ağabey-Abla“

Europahaus/Nadlerstr. 4

70173 Stuttgart

Tel.: 0711/248 44 41

info@dtf-stuttgart.de

www.dtf-stuttgart.de

KOMMUNEN ALS ORTE GELEBTER INTEGRATION

Städte und Gemeinden können eine zentrale Stellung einnehmen, wenn sie als Orte des Miteinanders und der Identifikation begriffen werden.



Das Flächenland Baden-Württemberg hat den höchsten Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund gemessen an der Gesamtbevölkerung. Dabei ist er in einigen Städten regelmäßig höher als in ländlichen Gebieten. Der Regierungsbezirk Stuttgart beispielsweise gehört mit rund 30% bundesweit zu den Gebieten, in denen die meisten Menschen mit Migrationshintergrund leben (Statistisches Bundesamt 2009). In den Städten verteilen sich wiederum bestimmte soziale Gruppen durch Verdrängungs- und Segregationsprozesse häufig auf bestimmte Quartiere, sodass man lokal nochmals von höheren Anteilen ausgehen kann. Im Mannheimer Stadtteil Jungbusch zum Beispiel haben fast 70% der Einwohnerinnen und Einwohner einen Migrationshintergrund (Stand 31.12.2010, Stadt Mannheim 2011). Auch in Lahr sind es noch rund 30%, wobei die meisten der zugewanderten Spätaussiedler in den Stadtteilen Langenwinkel und Kippenheimweiler leben (Stadt Lahr 2011). Sofern sich Menschen mit Migrations-

hintergrund häufiger in prekären sozialen Lagen finden als andere, gelten solche städtischen Quartiere als Orte mit besonders hohem Integrationsbedarf. In der europäischen Tradition werden den Städten häufig gleichzeitig hohe Integrationspotenziale zugeschrieben, aber es wäre verkehrt, sich deshalb allein mit Integrationsprozessen in Städten zu beschäftigen (vgl. Hummel 2009).

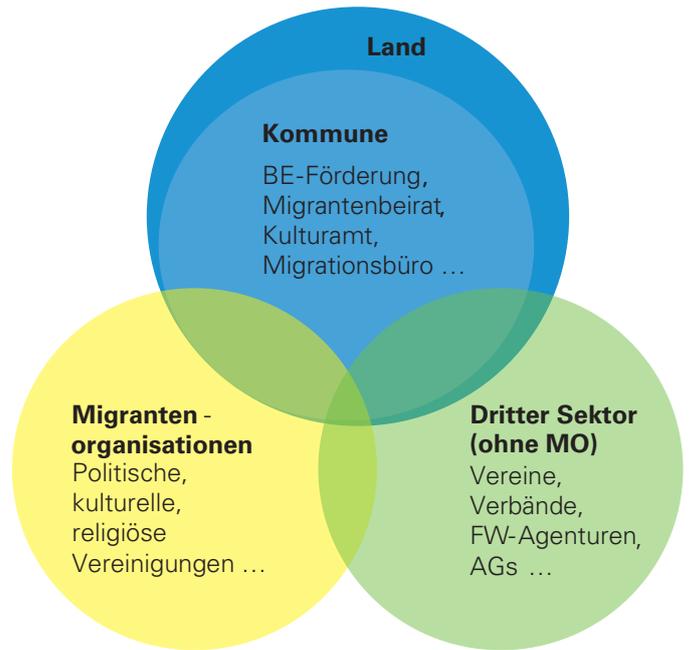
Der in den vergangenen Jahren zu beobachtende Trend zeichnet sich dadurch aus, Integration als kommunale Aufgabe, also als Aufgabe von Städten, Landkreisen und Gemeinden zu deuten. Zwar sind die Möglichkeiten von Kommunen in der globalisierten Gesellschaft stark begrenzt, weil zum Beispiel das Vorhandensein von Arbeit als wichtigem Integrationsfaktor nur bedingt von den örtlichen Verhältnissen bestimmt wird. Zugleich können Kommunen jedoch eine zentrale Stellung einnehmen, wenn sie in der weiter gespannten lebensweltlichen Perspektive buchstäblich als nahe liegende Orte des Miteinanders und der

Identifikation begriffen werden. In dieser Perspektive hat die politisch-administrative Kommune gute Chancen, Integrationsprozesse anzustoßen und zu moderieren (vgl. Bommes 2010). Der hier durchscheinende Subsidiaritätsgedanke beinhaltet selbstredend eine Unterstützungspflicht für die nächst höheren Ebenen, also Land, Bund und Europäische Union (EU).

Migrantenbeiräte, Migrations- und Integrationsbeauftragte sowie Büros mit entsprechender Zuständigkeit sind Institution geworden Ausdruck eines Integrationsprozesses, der über die staatliche Verwaltung des Einwanderungsprozesses und der Anliegen von Ausländern und Asylbewerbern hinausführt. In gleicher Weise lässt sich kommunale Integrationspolitik heute nicht mehr mit der Einladung von Migrantenorganisationen (MO) zur Mitwirkung an kulturellen Großereignissen gleichsetzen. Integration wird als Sich-aufeinander-zu-bewegen mit dem Ziel der gleichberechtigten Teilhabe von Mehrheitsbevölkerung und Menschen mit Migrationshintergrund an der Gesellschaft interpretiert. Das heißt in erster Linie, die Bewältigung spezifischer Problemlagen zu unterstützen und in zweiter Linie, ein gedeihliches Zusammenleben in der Kommune zu erwarten. Dieses Szenario wird weder überall im Land noch in homogener Weise umgesetzt, da es optimistisch ein gegenseitiges Interesse der Akteure unterstellt. Neben den institutionellen Zuständigkeiten in der Integrationspolitik wird dem freiwilligen Engagement an dieser Stelle eine tragende Rolle für gelingende Integration zugeschrieben. Bundesweit wird dies im Integrationsprogramm hervorgehoben und auch im Integrationsplan von Baden-Württemberg betont (Bundesministerium des Innern/ Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2010, Integrationsbeauftragter der Landesregierung Baden-Württemberg 2008).

Für die Engagement- und Integrationspolitik heißt das, das Engagement von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund sowie die interkulturelle Öffnung von Vereinen und Initiativen durch veränderte Rahmenbedingungen, Fördergrundsätze und -programme gezielt zu fördern. Überregional, aber besonders auf kommunaler Ebene sind in den letzten Jahren entsprechend zahlreiche Programme und Projekte initiiert und gefördert worden, die eine große Bandbreite von Themenfeldern abdecken und denen verschiedene Tätigkeitsmodelle, wie Patenschafts-, Lotsen- und Tandemkonzepte zugrunde liegen (vgl. Artikel von Niklas Alt). Auch die Wahrnehmung der Rolle von Migrationsorganisationen (MO) in der Engagement- und Integrationsförderung hat sich mittlerweile gewandelt. Sie gelten in wachsendem Maße als Brückenbauer und Vermittler zwischen Mehrheitsgesellschaft und den Communities von Menschen mit Migrationshintergrund. Besonders auf kommunaler Ebene werden MO immer häufiger zu ausschlaggebenden Kooperationspartnern in der Engagement- und Integrationsarbeit.

KOOPERATION KOMMUNALER AKTEURE



Beispielhaft werden im Weiteren drei Ausgangspunkte für integrative Prozesse vorgestellt, bei denen sich eine Kooperation organisierter Akteure entwickelt hat, die der kommunalen Ebene zuzuordnen sind.

1. MODERIERENDE UND QUALIFIZIERENDE ROLLE VON KOMMUNEN

In vielen Fällen sind es Kommunen, die in der Vernetzung von „einheimischen“ Vereinen und Verbänden mit Migrantenvereinen und -organisationen einen Ausgangspunkt für gelingende Integration sehen. Sie initiieren Kooperationen und unterstützen gemeinsame Projekte mit Institutionen des dritten Sektors, um so den interkulturellen Austausch zu fördern. Als Beispiele können Projekte genannt werden, die vermehrt in der Freiwilligenarbeit entstehen. Bisher profitieren MO und Menschen mit Migrationshintergrund noch selten von kommunalen Engagementangeboten wie Freiwilligenagenturen. Aktuell entstehen jedoch einige „interkulturelle Freiwilligenagenturen“; außerdem wird die interkulturelle Öffnung von Freiwilligenagenturen sowie deutscher Verbänden verstärkt gefördert (vgl. Interkulturelle Freiwilligenagentur und Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen e.V.). Neben neu geschaffenen Kooperationen

GE(H)FIT – GEMEINSAM FIT FÜR INTEGRATION IN LUDWIGSBURG

Das seit 2009 vom Bundesministerium des Innern (BMI) geförderte Projekt unterstützt sechs Migrantenorganisationen und fünf Vereine mit deutschen Wurzeln bei der Professionalisierung und Vernetzung ihrer Vereinsarbeit. Koordiniert vom Büro für Integration und Migration der Stadt Ludwigsburg haben sich zunächst engagierte Nachwuchskräfte im Management von Projekten, dem Aufbau von Netzwerken und der kultursensiblen Kommunikation fortgebildet. Darauf aufbauend wurden Projekte in gemeinsamer Trägerschaft der beteiligten Vereine entwickelt und aktuell umgesetzt. Das Ziel der Zusammenarbeit in GE(H)FIT besteht auf der organisatorischen Ebene einerseits in der Professionalisierung der Vereinsarbeit, andererseits in einer interkulturellen Sensibilisierung und dadurch interkulturellen Öffnung der Organisationen / Vereine. Durch diese Qualifizierung freiwillig Engagierter können allen Beteiligten neue Zugänge eröffnet werden. Auf der Ebene der Bürger lautet das Ziel, die Integration und Anschlussfähigkeit unterschiedlicher Formen des freiwilligen Engagements in der Stadt zu erleichtern und es ihnen zu ermöglichen, mit unterschiedlichen Trägern und Verbänden auf Augenhöhe zu kooperieren, sowie verstärkt eigene Projektmittel zu akquirieren. Nach Ende der Förderung ist geplant, das Projekt auch im Jahr 2012 in ähnlicher Form fortzuführen, aber den Schwerpunkt auf die Ausbildung von Multiplikatoren für die Vereine zu setzen. Entsprechende Fördermittel müssten dafür noch akquiriert werden, ein Antrag beim Europäischen Integrationsfond (EIF) wurde bereits gestellt.



Rollenspiele erleichtern das Kennenlernen.

ist es jedoch auch wichtig (an-)zuerkennen, dass Menschen mit Migrationshintergrund schon vielfach in deutschen Vereinen engagiert sind (Stadt Karlsruhe 2010). Zudem sind MO vermehrt direkte Ansprechpartner der Kommunen und im besten Fall als Partner „auf Augenhöhe“ in der Integrationsarbeit eingebunden. Umgekehrt suchen auch viele MO den Dialog mit kommunalen Akteuren, wobei vielfach die gegenseitige Annäherung noch verhalten stattfindet und die weiter nötige Professionalisierung von MO thematisiert wird. Projekte, wie beispielsweise „GE(H)FIT“ der Stadt Ludwigsburg, setzen hier an und fördern die Qualifizierung sowie Vernetzung von MO mit anderen Vereinen auf kommunaler Ebene.

2. AUSHANDLUNGSPROZESSE IN DER KOMMUNALEN INTEGRATIONSARBEIT

Menschen mit Migrationshintergrund und MO leisten einen essenziellen Beitrag in der Integrationsarbeit, unter anderem in Form von Beratungs- und Unterstützungsleistungen, beispielsweise im Bildungsbereich, der Elternarbeit und Sprachförderung. Dieses Engagement bleibt oft noch unbemerkt bzw. wird nicht als Ehrenamt oder Engagement bezeichnet, da es vielfach in informellen Kontexten, wie im familiär-nachbarschaftlichen Bereich stattfindet. Wo Kooperationen von MO und anderen kommunalen Akteuren existieren und es nicht vorherrschend um

KONTAKT

Stadt Ludwigsburg

Büro für Integration und Migration

Ulla Berner

Tel.: 07141 / 910-2429

gehfit@ludwigsburg.de

www.integration.ludwigsburg.de

Qualifizierungs- und Bildungsangebote geht, begleiten anhaltende Aushandlungs- und Öffnungsprozesse der verschiedenen Seiten das Integrationsgeschehen. Teilweise werden hierbei die Aktivitäten von MO, besonders bei islamischen Vereinigungen und Moscheevereinen, kritisch beäugt und ihre integrationsfördernde Wirkung häufig infrage gestellt. Stabile Zusammenarbeit findet aufgrund vielfach verbreiteter Vorurteile oder Stereotype, bei denen muslimische Organisationen beispielsweise unter den Generalverdacht des Islamismus gestellt werden, erst ansatzweise

statt. Dabei müsste die Pluralität innerhalb der islamischen Gemeinschaft und besonders bei der religiös definierten heterogenen Gruppe viel stärker wahrgenommen werden (Klaue 2006). Im Forschungsprojekt „Gesellschaft gemeinsam gestalten – Islamische Vereinigungen als Partner in Baden-Württemberg“ werden, davon ausgehend, erstmals in Baden-Württemberg verschieden geartete Dialoge zwischen islamischen Vereinigungen, Kommunen und Kirchen ausfindig gemacht und wissenschaftlich ausgewertet (Schmid/Akca/Barwig 2008). Es zeigte sich,

„MINARETTSTREIT“ IN WEINHEIM

Eigentlich existieren in Weinheim seit vielen Jahren gute Kontakte zwischen kommunalen Einrichtungen und Migrantenorganisationen, wie dem türkisch-islamischen Verein. Weinheimer Integrationsbemühungen umfassen beispielsweise Projekte zur Sprachentwicklung in Kindergärten und Grundschulen sowie Förderprojekte für Jugendliche mit Migrationshintergrund in Hauptschulen und Einrichtungen, die den Übergang zwischen Schule und Beruf erleichtern sollen. 2007 setzten das Weinheimer Polizeirevier und das Jugendamt sogar als eine der ersten in Baden-Württemberg das Projekt der Landespolizei „Polizei und Moscheevereine“ um. Vorträge und Informationsveranstaltungen zu Themen der Jugend- und Bildungsarbeit wurden gemeinsam mit dem türkisch-islamischen Moscheeverein für muslimische Familien organisiert.

In den letzten beiden Jahren entwickelte sich jedoch Unmut in der Kommunalpolitik und bei einigen Bürgern wegen des Anbaus des Minaretts der seit 2002 existierenden Mevlana-Moschee in der Weinheimer Nordstadt. Die CDU Weinheim hatte öffentlich problematisiert, dass die Bauausführung nicht dem genehmigten Bauplan des Minaretts entsprach, sondern eine zusätzliche Treppe umfasste, die die eigentlich nicht vorgesehene Wortverkündung ermöglichen könnte.

Die Kommission, die in Folge der Auseinandersetzung eingesetzt wurde und aus Vertretern des Moschee-Vereins, der Gemeinderatsfraktionen und -gruppen verschiedener Parteien sowie „Weinheim Plus“, dem Koordinierungskreis und kirchlichen Vertretern bestand, hatte eine Empfehlung an die Verwaltung und den Gemeinderat erarbeitet, wie der Konflikt um die Treppe im Minarett gelöst und Integrationsprozesse an dieser Stelle gestaltet werden könnten. Die Aufarbeitung der Fehler in der Bauantragstellung und gegenseitige Vorwürfe

sowie Unterstellungen sollten dann durch die im letzten Jahr auf Initiative der Freudenbergstiftung und der Stadtverwaltung eingesetzte „Minarett-Kommission“ geleistet werden. Neben der Lösung des „Treppen-Konflikts“ sollten auch konstruktive Schritte für ein besseres nachbarschaftliches Klima im Umfeld der Moschee eingeleitet werden. In den Empfehlungen der Kommission wurde deutlich, dass der türkisch-islamische Verein bereit zur Integration und nachbarschaftlichen Eingliederung der Moschee in den Stadtteil ist und der Dialog mit der Bevölkerung aufgebaut und gepflegt werden sollte. Anwohner der Nordstadt kamen daraufhin selbst mit den Vertretern des Moscheevereins ins Gespräch. Neue Integrationsprojekte sollten die stärkere Einbindung der Moschee im Stadtteil sowie den Austausch mit den Bürgern fördern. Die Genehmigung für das Minarett samt Treppeneinbau wurde dem Moscheeverein vom Amt für Baurecht und Denkmalschutz erteilt. Im Gegenzug wurde eine Absprache getroffen, dass auf eine ständige Begehbarkeit des Minaretts freiwillig verzichtet wird. Anstelle der bisherigen Minarett-Kommission tritt mittlerweile regelmäßig der „Gesprächskreis Moschee“, zusammen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer kommen aus dem Moschee-Verein, sind Vertreter der Anwohnerschaft, der Stadt, Kirche und des Koordinierungskreises „Weinheim Plus“. In dieser Runde werden Integrationsziele definiert und in der Umsetzung begleitet. Gleichzeitig können so eventuell auftretende Konflikte zeitnah im Dialog mit den Beteiligten gelöst werden.

WEITERE INFORMATIONEN

Türkisch Islamischer Verein Weinheim e.V.

www.ditib-weinheim.de

Stadt Weinheim

www.weinheim.de/servlet/PB/menu/1363937_l1/index.html

BLEIBERECHTSPROJEKT IN FREIBURG

Das Projekt ist Teil des „Europäischen Sozialfonds (ESF)/ XENOS – Bundesprogramms zur arbeitsmarktlichen Unterstützung für Bleibeberechtigte und Flüchtlinge mit Zugang zum Arbeitsmarkt“. Es bietet Flüchtlingen die Möglichkeit, bei der Arbeitsplatz- und Ausbildungsplatzsuche intensiv beraten und begleitet zu werden, um ihre Chance auf einen langfristigen Aufenthalt zu erhöhen und den Aufenthaltsstatus bei bleibeberechtigten Flüchtlingen zu gewährleisten. Nach der ersten Phase (2008 bis 2010) wurde für die Umsetzung des Programms (2010 bis 2013), ein neuer Trägerzusammenschluss gegründet. Zusätzlich zu den bisher vier Trägern – Stadt Freiburg, Caritasverband Freiburg-Stadt e.V., Fördergesellschaft der Handwerkskammer mbH und Volkshochschule Freiburg e.V. – gehören nun der Caritasverband Breisgau-Hochschwarzwald e.V. und das Deutsche Rotes Kreuz Kreisverband Freiburg e.V. dem Verband an. Neben dem Unterstützungsangebot können im Rahmen des Projektes auch Integrations- und berufsbezogene Deutschkurse, Computerkurse, berufliche Qualifizierungsangebote und Angebote zur Gesundheitsförderung genutzt werden. Die Finanzierung erfolgt durch Mittel des Europäischen Sozialfonds (50%), des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (40%) und aus Eigenmitteln der Projektträger (10%).

KONTAKT

Caritasverband Freiburg-Stadt e.V.

Fachdienst Migration

Philip Bona

Komturstr. 36

79106 Freiburg

Tel.: 0761/50478-12 oder -15

philip.bona@caritas-freiburg.de

www.bleiberecht-freiburg.de

dass einerseits keinerlei Einbindung oder Dialoge der Akteure stattfinden und jeweilige Aktivitäten binnenorientiert bleiben oder islamische Vereinigungen Kooperationen selbst einleiten, wenn sie zum Beispiel durch innovative Aktivitäten in der Öffentlichkeit bekannt werden. Andererseits kann die Einbindung islamischer Vereinigungen im kommunalen Kontext auch von kommunalen Einrichtungen initiiert werden. Der „Minarett-Streit“ in Weinheim stellt ein Beispiel von Aushandlungs- und Einbindungsprozessen zwischen kommunalen Akteuren und islamischer Vereinigung dar, den beide Seiten mittlerweile konstruktiv mitgestalten.

3. FREIWILLIGES ENGAGEMENT UND FLÜCHTLINGSARBEIT

Integration auf kommunaler Ebene betrifft nicht nur die Menschen mit Migrationshintergrund sowie Organisationen, die in diesem Bereich bereits vielfach engagiert sind und Unterstützung leisten. Kommunale Verpflichtungen entstehen auch im Sinne der Daseinsvorsorge, der Schlichtung sozialer Konflikte und der Gestaltung des Zusammenlebens von Menschen, die aus unterschiedlichsten Gründen, kurz- oder langfristig in Städten, Landkreisen und Gemeinden leben. Flüchtlinge bilden dabei eine Gruppe, bei denen Kontakte zu Menschen in ähnlichen Situationen häufig nur in abgegrenzten Flüchtlingsunterkünften entstehen und die aufgrund meist prekärer Lebensbedingungen und größerer materieller, sprachlicher und kultureller Barrieren größere Schwierigkeiten mit der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration haben. Dennoch wird das Thema „Flucht“ in der Politik zunehmend als Form von Migration bewertet, die spätestens seit der Drittstaaten-Regelung in Deutschland kein Massenphänomen mehr ist. Angesichts einer in diesem Sinne anpassungsbedürftigen Rechtslage ist deshalb ein wachsender Pragmatismus zu beobachten, um das Los von Flüchtlingen im Kleinen zu verbessern. Auf kommunaler Ebene findet man das Bestreben, sich auf individueller Ebene mit Flüchtlingen zu beschäftigen. Sie werden nicht als „Ex-Territoriale“ behandelt, sondern als Migranten, die wie andere Menschen mit Migrationshintergrund ihren Lebensmittelpunkt (häufig gezwungenermaßen) in der Kommune



haben (Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung 2011b). In den bisherigen Angeboten Engagement fördernder Institutionen und Trägern der Freiwilligenarbeit ist Flüchtlingsarbeit, außer bei Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen, noch selten ein explizites Thema. Freiwillige, die sich in diesem Bereich engagieren wollen, werden noch nicht ausreichend informiert und angesprochen. Gerade für Kinder und Jugendliche, die zum Teil als unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF) nach Deutschland kommen, sind Unterstützungsangebote besonders bei der Sprach- und Bildungsförderung für die weitere Entwicklung ausschlaggebend (Mies-van Engelshoven 2011). Ein erfolgreicher Schulabschluss kann nämlich zu einem eigenständigen Aufenthaltstitel verhelfen (Bundesrat 2011). An dieser Stelle verstärkt sich aktuell auch die Diskussion um die bessere Förderung gesellschaftlicher Teilhabe und die Selbstorganisation, besonders von jungen Flüchtlingen (Stiftung MITARBEIT 2011). Ein wegweisendes Beispiel ist der Zusammenschluss junger Flüchtlinge „Jugendliche ohne Grenzen“, die sich seit 2005 für Flüchtlingsschutz und Kinderrechte einsetzen (siehe Artikel von Niklas Alt). Weitere Beispiele für Engagement von jungen Flüchtlingen findet man im künstlerischen und kulturellen Bereich. Der Lebenssituation von Roma und Sinti in Deutschland hat sich zum Beispiel das Theaterprojekt mit Jugendlichen „Carmen Now!“ in Freiburg gewidmet, bei dem eine moderne Carmen-Geschichte erzählt wurde, in der sich ein Roma und eine Deutsche lieben (Theater Freiburg 2009). Dabei werden gängige Klischees beider Kulturen und deren Wahrnehmung untersucht. Zum Thema „Bleiberecht von Roma und Sinti“ fand auch die Lesung „Carmen Go Home?“ statt, bei der deutsche Jugendliche Flüchtlingsgeschichten von in Freiburg lebenden Roma vorlasen (ebd.).

Insgesamt handelt es sich bei der Flüchtlingsarbeit aber häufig noch um das klassische Feld der Fürsorge, in dem Organisationen, wie zum Beispiel Wohlfahrtsverbände, die Fürsprecher- oder Vormundschaft übernehmen. Im Modellprojekt „Flucht und Gesundheit“ (FLUG) zum Beispiel, verfolgt das Deutsche Rote Kreuz Baden das Ziel, Vernetzungsprozesse und die interkulturelle Öffnung im Gesundheitswesen auszubauen, um die Gesundheitsversorgung und Krankheitsprävention für Flüchtlinge zu verbessern. Dennoch werden die Bemühungen um die Gesundheit von Flüchtlingen hier nicht als bevorzugte Behandlung einer bestimmten Gruppe gewertet, sondern als reguläre Versorgung von Menschen mit den Leistungen, die ihnen – im Rahmen des gesetzlich beschränkten Leistungskatalogs – zustehen (Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung 2011b). Die Rolle kommunaler Institutionen und ihre Vernetzung im Engagement für Flüchtlinge werden auch im „Projektverbund Bleiberecht“ deutlich. Hier werden Bleiberechtigte und Flüchtlinge in der Stadt Freiburg sowie im

Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald kostenfrei bei der Arbeitsplatzsuche beraten und begleitet.

ZUSAMMENFASSUNG

Wie in den drei Beispielen gezeigt, engagieren sich Menschen mit Migrationshintergrund und migrantische sowie „einheimische“ Organisationen vielfältig in der kommunalen Integrationsarbeit. Gleichzeitig werden besonders Migrant*innenorganisationen vermehrt als Ansprechpartner und Mitgestalter des gemeinschaftlichen kommunalen Lebens gesucht. Dass dies jedoch immer mit anhaltenden Aushandlungsprozessen und der Aufrechterhaltung des Dialogs verbunden ist, wird besonders an den Kooperationsbeispielen von kommunalen Einrichtungen mit muslimischen Vereinigungen deutlich. Interessen und Erwartungen variieren häufig und können nur im Dialog „auf Augenhöhe“ verdeutlicht und angenähert werden, wenn sie der erfolgreichen Integrationsarbeit dienen sollen. Zudem können Verständnisse von Engagement variieren, und es stellt sich die Frage, inwieweit MO automatisch Ansprechpartner und Repräsentanten für eine bestimmte „Migrant*innen-Community“ sein können. Anforderungen sollten deshalb immer vor dem Hintergrund der Vielfalt an Organisationsformen, -zielen, Handlungsfeldern und der jeweiligen personellen sowie materiellen Ressourcenlage der Vereinigungen formuliert werden. Kommunale Einrichtungen sind weiter aktiv gefragt, besonders, wenn es um die Engagementförderung in der Flüchtlingsarbeit geht, da hier bisher wenige vergleichbare Selbstorganisationsformen bestehen.

HANS-JOACHIM LINCKE / JULIA SCHAD

Zusammenfassende Schlussfolgerungen

Es gibt ein hohes Potenzial für bürgerschaftliches Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund, das ausgeschöpft werden kann, wenn die entsprechenden Maßnahmen getroffen werden.

BÜRGERSCHAFTLICHES UND EHRENAMTLICHES ENGAGEMENT SIND WICHTIGE MOTOREN DER INTEGRATION.

Das gilt für das Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund, die sich in vielfältiger Weise freiwillig engagieren, in ihrem jeweiligen ethnischen Zusammenhang, aber auch in und für ihr Gemeinwesen, in dem sie jetzt leben. Das gilt aber auch für Inländerinnen und Inländer, die in unterschiedlicher Weise ihren engagierten Beitrag zur Integration leisten.

DAS ENGAGEMENTPOTENZIAL VON MENSCHEN MIT MIGRATIONSHINTERGRUND IST HÖHER ALS BEI „EINHEIMISCHEN“.

Die entsprechenden Zahlen aus dem Freiwilligensurvey machen deutlich, dass es ein wichtiges Ziel einer sich der Integrationswirkung von Engagement bewussten Engagementpolitik ist, das Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund zu würdigen und einladende Rahmenbedingungen zu schaffen.

ANGEBOTE FÜR BÜRGERSCHAFTLICHES UND EHRENAMTLICHES ENGAGEMENT FÜR MENSCHEN MIT MIGRATIONSHINTERGRUND KONZENTRIEREN SICH VIELFACH AUF DIE ZIELGRUPPE VON JUGENDLICHEN.

Gerade für ältere Menschen mit Migrationshintergrund sind die entsprechenden Förderprogramme und Maßnahmen ausbaufähig.

ENGAGEMENTBEREITSCHAFT UND DIE BETEILIGUNG AN (WEITER-)BILDUNG HÄNGEN IN HOHEM MASSE ZUSAMMEN.

Die vielfältigen Angebote im Weiterbildungs- und Qualifizierungsbereich bieten eine gute Grundlage für die Förderung freiwilligen Engagements, besonders im Kontext von Migrant*innenorganisationen.

DIE KOMMUNEN SIND WICHTIGE AKTEURE EINER AUF INTEGRATION HIN AUSGERICHTETEN ENGAGEMENTFÖRDERUNG.

Die Strategien der Förderung bürgerschaftlichen Engagements, die in Baden-Württemberg gut etabliert sind, bewähren sich auch im Zusammenhang mit den Integrationsbemühungen, sind aber vielerorts noch stärker auf das Thema Integration auszurichten.

PROF. DR. THOMAS KLIE



BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT IN ANDEREN BUNDESLÄNDERN UND AUF BUNDESEBENE



AKTUELLE ERHEBUNGEN ZUM FREIWILLIGEN ENGAGEMENT IN DEUTSCHLAND UND EUROPA

Im Oktober letzten Jahres wurden die Ergebnisse des dritten Freiwilligensurveys (2009) veröffentlicht. Der Freiwilligensurvey wurde bereits 1999 und 2004 durchgeführt und ist die umfassendste repräsentative Untersuchung von freiwilligem Engagement in Deutschland. Seine dritte Auflage ermöglicht es, Entwicklungen im Freiwilligensektor über eine Zeitspanne von zehn Jahren zu beschreiben. Die Ergebnisse zeigen, dass sich die Engagementquote in Deutschland im Zeitverlauf als stabil erweist – 2009 haben sich 36 % der Deutschen ab 14 Jahren freiwillig engagiert (1999: 34 %, 2004: 36 %). Deutliche Veränderungen sind hingegen beim Engagementpotenzial zu erkennen. Der Anteil derjenigen, die angeben, bestimmt oder eventuell bereit zu sein, ein Engagement aufzunehmen, ist von 26 % im Jahr 1999 auf 37% im Jahr 2009 angestiegen.

Parallel zu den bundesweiten Auswertungen haben einige Länder Sonderauswertungen für landesspezifische Fragestellungen in Auftrag gegeben. Auch die Ergebnisse aus Baden-Württemberg weisen eine hohe Kontinuität auf. Die Investitionen in die Engagementstrukturen haben zu einer Stabilität des Engagements auf hohem Niveau beigetragen. Das Bundesland erreicht 2009 mit einer Engagementquote von 41 % wieder einen Spitzenplatz im bundesweiten Vergleich. (1999: 40%, 2004: 42%). Insgesamt zeichnen sich in Baden-Württemberg alle Bevölkerungs-

gruppen durch eine im Vergleich zum Bundesgebiet hohe Engagementbeteiligung aus.

Neben dem Freiwilligensurvey gibt es aktuell einige weitere Projekte, die freiwilliges Engagement im größeren Rahmen untersuchen. Im Auftrag der Europäischen Kommission werden regelmäßig sogenannte Eurobarometer-Erhebungen durchgeführt. Im Rahmen dieser Reihe wurde nun eine neue Studie mit dem Namen „Youth on the move“ veröffentlicht. Jugendliche im Alter von 15 bis 30 Jahren wurden telefonisch zu ihrer Beteiligung in Organisationen (z.B. Sport, Jugend und Kultur), zu ihrer Beteiligung an Wahlen auf nationaler und kommunaler Ebene und zu speziellen Aktivitäten und Projekten, die auf die Zusammenarbeit von Jugendlichen aus verschiedenen Ländern zielen

>> Links / Literatur

- Gensicke, Thomas/ Geiss, Sabine (2010): *Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009 - Zivilgesellschaft, soziales Kapital und freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004-2009. Durchgeführt im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. München. www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/Publikationen/publikationen,did=165004.html*
- Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung (zze) (2011b): *Freiwilligensurvey 2009. Sonderauswertung Baden- Württemberg, Herausgeber: Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg und Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg. Stuttgart. www.sozialministerium.de/fm7/1442/11-04-19%20FWS_BW_%20Endfassung.pdf*
- International Labour Organization (ILO) (2011): *Manual on the Measurement of Volunteer Work, Genua. www.ccss.jhu.edu/pdfs/ILO/ILO_Manual_Core_FINAL_3.2011.pdf*
- The Gallup Organization (2011): *Youth on the move. Analytical report. Herausgeber: Europäische Kommission, Brüssel. http://ec.europa.eu/public_opinion/flash/fl_319a_en.pdf*
- Überblick zum Freiwilligensurvey, Zusammenfassungen und einzelne Berichte aus den Jahren 1999, 2004 und 2009 *auf den Seiten der Initiative ZivilEngagement „Miteinander - Füreinander“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend www.initiative-zivilengagement.de/wissen/onlinebibliothek.html*
- Die verschiedenen Länder- und Sonderauswertungen können hier heruntergeladen werden: *www.initiative-zivilengagement.de/wissen/onlinebibliothek/aus-der-forschung.html*

befragt. In jedem EU-Mitgliedsstaat wurden dabei 1.000 Jugendliche interviewt.

Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) hat im März dieses Jahres ein Handbuch veröffentlicht, das als internationales Instrument für die Messung von Freiwilligentätigkeit etabliert werden soll. Die Idee ist, dieses neue Instrument an die sogenannten „Labour Force Surveys“ anzubinden. Diese werden in vielen Ländern bereits durchgeführt und verwenden einheitliche Definitionen und Klassifikationen, um vergleichbare Arbeitsmarktdaten zu produzieren. Das neue Instrument zur Erfassung von Freiwilligentätigkeit kann als weiterer Fragenblock in diese Erhebung mit aufgenommen werden und erhebt dann die Zahl der Freiwilligen, deren Stundenzahl und Organisation, in der die Tätigkeit stattfindet.

JELLA RIESTERER

BUNDESFREIWILLIGEN-DIENST LÄUFT AN

Am 1. Juli 2011 ist der Bundesfreiwilligendienst (BFD) gestartet. Laut einer Erklärung des BMFSFJ von Anfang Juni waren zu diesem Zeitpunkt etwa 1.000 Verträge unterzeichnet. Gemessen am Ziel, bis 2012 insgesamt 35.000 Plätze mit Freiwilligen zu besetzen, bleiben die Bewerberzahlen bislang deutlich hinter den Erwartungen zurück. Gründe hierfür sind nach Aussagen der Träger vor allem unklare organisatorische Rahmenbedingungen, sodass erst im Mai mit der Werbung für den Dienst begonnen werden konnte. Inzwischen hat das BMFSFJ den Druck auf die Träger erhöht. Bei einem Treffen mit Vertretern der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege und des Bundesarbeitskreises FSJ am 18. Juli kündigte Staatssekretär Josef Hecken an, dass zukünftig für drei FSJ-Plätze zwei BFD-Plätze generiert werden müssten, um durch das BMFSFJ gefördert zu werden. Um ein entsprechendes Verhältnis zu erreichen, sollten notfalls FSJ-Plätze in BFD-Plätze umgewidmet werden.

PHILIPP STEMMER

BBE ENTWICKELT EIGENE ENGAGEMENTSTRATEGIE

Auf der letzten Mitgliederversammlung des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE) im Dezember 2010 wurde beschlossen, eigene engagementpolitische Impulse des BBE zu entwickeln und dafür eine Ad-hoc-Gruppe eingesetzt. Ziel des Vorhabens ist es, die im Herbst letzten Jahres durch die Bundesregierung verabschiedete „Nationale Engagementstrategie“ mit aus der Zivilgesellschaft heraus entwickelten Positionen zu flankieren. Aktuell werden Handlungsempfehlungen der neun BBE-Arbeitsgruppen erarbeitet und zusammengeführt. Die engagementpolitischen Impulse sollen von der Mitgliederversammlung des BBE Ende des Jahres verabschiedet werden.

PHILIPP STEMMER

FREIWILLIGENDIENSTE ALLER GENERATIONEN – ERGEBNISSE UND PERSPEKTIVEN

Mit den Freiwilligendiensten aller Generationen (FDaG) wurde eine neue Engagementform ins Leben gerufen, in der sich Menschen jeden Alters für andere einsetzen. Seit 2009 werden innovative Projekte umgesetzt, Freiwillige gewonnen und Strukturen der Engagementförderung in den Bundesländern aufgebaut und ergänzt. Dies ergeben die Ergebnisse einer Befragung des Zentrums für zivilgesellschaftliche Entwicklung (zze) in Freiburg. Die Bundesförderung des FDaG läuft zum Ende dieses Jahres aus. Unklar ist die Zukunft der entwickelten Strukturen der mobilen Beratung für Träger und Einsatzstellen sowie der Qualifizierung für Freiwillige, Organisationen und Kommunen, die jeweils über die Bundesländer angeboten wurden. Nach Angaben des Bundesfamilienministeriums ist eine Weiterförderung des Engagementformats FDaG lediglich über seine Einbettung in die Angebotspalette der Mehrgenerationenhäuser (MGH) geplant. Die mobile Beratung sowie die Qualifizierung, die aus Sicht von Freiwilligen und Trägern von zentraler Bedeutung für die Attraktivität des FDaG ist, erscheint im Kontakt der MGH nicht als förderungsfähig. Daher prüfen einige Bundesländer derzeit, ob einzelne Programmbausteine mit eigenen Mitteln fortgeführt werden können. Dabei wird vor allem den Qualifizierungsangeboten eine zentrale Bedeutung für die

Attraktivität des Dienstes für Freiwillige und Träger zugemessen. Unter www.freiwilligendienste-aller-generationen.de können Informationen zu den Freiwilligendiensten aller Generationen abgerufen werden.

NIKLAS ALT

NEUES AKTIONSPROGRAMM FÜR MEHRGENERATIONEN-HÄUSER GESTARTET

Seit Beginn des Aktionsprogramms im Jahr 2006 sind deutschlandweit 500 Mehrgenerationenhäuser (MGH) zusätzlich entstanden, davon 48 in Baden-Württemberg. Nun hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) das Bewerbungsverfahren für das Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser II gestartet. Bis 2014 können daran insgesamt 450 MGH teilnehmen und eine jährliche Förderung von maximal 40.000 Euro erhalten. 30.000 Euro sind Bundesmittel bzw. Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF), 10.000 Euro sind kommunale oder Landesmittel zusammen.

Die MGH sollen künftig enger mit der Kommune zusammenarbeiten und verstärkt mit Jobcentern bzw. Arbeitsagenturen kooperieren. Zudem können sie Engagierte aus dem Bundesfreiwilligendienst (BFD) einsetzen.

Das Aktionsprogramm hat vier Schwerpunkte: Alter und Pflege, Integration und Bildung, haushaltsnahe Dienstleistungen und freiwilliges Engagement. In dieser Schwerpunktsetzung kommt der Wunsch des BMFSFJ zum Ausdruck, andere Programme wie die „Aktion Zusammen Wachsen“ (AZW) und die „Freiwilligendienste aller Generationen“ (FDaG) fortzuschreiben, die Ende 2011 auslaufen. So heißt es für den Schwerpunkt freiwilliges Engagement, dass die MGH „mit in diesem Feld bereits vorhandenen Initiativen und Organisationen kooperieren und Vernetzungsstrukturen mit anderen lokalen Engagementakteuren auf- und ausbauen. Dies gilt insbesondere für die Freiwilligendienste aller Generationen, deren Weiterentwicklung und Etablierung sie unter Berücksichtigung der jeweiligen regionalen Situation unterstützen werden“.

Vor diesem Hintergrund hat die Stabstelle Bürgerengagement des Sozialministeriums Baden-Württemberg das Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung (zze) im März 2011 beauftragt, einen Workshop mit 14 Praktikern aus MGH, FDaG und weiteren Programmen durchzuführen, um die Chancen und Risiken dieser Zielsetzung auszuloten. Positiv bewertet wurde,



Mehr Generationen Haus

dass MGH als Infrastruktureinrichtung zum Beispiel Räumlichkeiten für die Umsetzung von Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen oder Patenschaftsmodelle bereitstellen können. Speziell mit Blick auf FDaG sind einige MGH bereits Einsatzstellen oder – seltener – Träger von freiwilligem Engagement. Mehrheitlich kritisch wurde der Anspruch bewertet, dass von den MGH eine flächendeckende, auf andere Akteure zugehende Engagementberatung im Stil der mobilen Teams ausgehen kann. Angesichts der geringen Ressourcen kann demnach in der Beratung kaum das Niveau der mobilen Teams erreicht werden. Zudem agieren MGH in einem lokal eng begrenzten Radius. Hier wäre für die meisten MGH eine bessere Ausstattung mit Ressourcen (Kompetenzen, Finanzen) wünschenswert.

HANS-JOACHIM LINCKE

Informationen zum Interessensbekundungsverfahren finden Sie unter: http://mehrgenerationenbaeuser.de/coremedia/mgb/de/05__Newsletter/Meldungen/AP2_20Interessenbekundungsverfahren,np=1160.html

AKTIVITÄTEN ZUM EUROPÄISCHEN JAHR DER FREIWillIGENTÄTIGKEIT

Die Europäische Union (EU) hat das Jahr 2011 zum „Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit zur Förderung der aktiven Bürgerschaft“ (EJF) erklärt. Wesentliche Ziele sind die Stärkung von Freiwilligenorganisationen, die Verbesserung der Anerkennung von Freiwilligentätigkeiten und die Erhöhung der Wertschätzung von freiwilliger Tätigkeit in der Gesellschaft. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) hat neben anderen Aktivitäten das Projekt „7 Brücken die verbinden“ aufgelegt, mit dem für zwei Jahre grenzüberschreitendes Engagement in Polen, Tschechien, Österreich, Dänemark, Frankreich und Deutschland gefördert wird. Momentan findet im Rahmen des EJF auch die Freiwilligentour durch Europa statt, die die Freiwilligentätigkeit der Öffentlichkeit näher bringen und



Europäisches Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011

Aktivitäten der europäischen Mitgliedstaaten miteinander verbinden soll. Die Tour, die jeweils in den Hauptstädten der Mitgliedstaaten gastiert, macht vom 14. bis 20. Oktober in Berlin Halt. Auch in Baden-Württemberg werden zahlreiche Veranstaltungen organisiert, wie zum Beispiel die European Network Academy for Social Movements (ENA), die im August in Freiburg stattfand. Als zentrale Veranstaltung des Landes findet unter dem Titel „Partizipation und Integration in Europa – voneinander lernen!“ am 20. und 21. September 2011 ein Fachkongress in der Stuttgarter Liederhalle statt. Zusätzlich lädt die Stadt Stuttgart noch zu weiteren Veranstaltungen, die sich „EJF-Kalender“ finden lassen.

Ein Ausblick: Das Jahr 2012 wird das „Europäische Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen“ sein. Das Ziel ist es, Altern in Gesundheit zu fördern und Ausgrenzung und Vereinsamung entgegenzuwirken.

HANS-JOACHIM LINCKE

EJF-Kalender der Stadt Stuttgart:

www.stuttgart.de/buergerengagement/ejf2011

Offizielle Internetpräsenz zum Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit: www.ejf2011.de/

Website des EJF-Projekts „7 Brücken die verbinden“:
www.siebenbruecken.eu

STUDIE ZUR KOOPERATION MIT MIGRANTEN-ORGANISATIONEN

Eine neue Studie im Auftrag des Bundesamts analysiert, unter welchen Bedingungen Kooperationen zwischen Migrantenorganisationen und anderen Trägern erfolgreich arbeiten.

<http://www.bamf.de/SharedDocs/Meldungen/DE/2011/20110728-studie-migrantenorganisationen.html>

BÜRGERFORUM 2011 – EIN INNOVATIVES VERFAHREN DER BÜRGERBETEILIGUNG

Im Rahmen der Initiative „BürgerForum 2011“ waren im Frühjahr 2011 deutschlandweit zehntausend zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger eingeladen, drängende soziale Problemstellungen und mögliche Lösungsansätze zu diskutieren. Mit dem Ziel, die Bürgerbeteiligung zu erhöhen und Demokratie zu stärken, fand der an 25 Standorten initiierte Diskurs in einem besonderen Format statt: Eingerahmt in eine Auftakt- und eine Abschlussveranstaltung wurde über acht Wochen auf einer speziell eingerichteten Online-Plattform diskutiert. Die Ergebnisse zu den vorgegebenen Themenfeldern Bildung, Demokratie und Beteiligung, familiäre Lebensformen, Solidarität und Gerechtigkeit, Integration und Demographie wurden im Mai an Bundespräsident Christian Wulff überreicht. Sie können auf der Website www.buergerforum2011.de eingesehen werden. Das Bürgerforum ist eine Initiative des Bundespräsidenten mit der Bertelsmann Stiftung und der Heinz-Nixdorf-Stiftung.

CHRISTINA APEL

SECHSTER ALTENBERICHT VERÖFFENTLICHT

Altersbilder prägen uns im Umgang mit dem eigenen Alter, mit älteren Menschen und mit der älter werdenden Gesellschaft. Eine neue Kultur des Alterns und die Etablierung differenzierter Altersbilder lassen sich als wesentliche Botschaft des sechsten Altenberichts ausmachen. In einem eigenen Kapitel widmet sich der sechste Altenbericht dem Zusammenhang von Altersbildern und Zivilgesellschaft und betont die Bedeutung zivilgesellschaftlicher Engagementformen im Alter: Engagement ist eine angemessene Altersaktivität, öffnet vielfältige Lernchancen, bietet Möglichkeiten, neue Kontakte zu knüpfen und Freundschaften zu schließen (Sozialkapital). Es ist eine wichtige Werkstatt für das Experimentieren neuer Generationenbeziehungen. Auf der Zivilgesellschaft ruhen wesentliche Hoffnungen einer Gesellschaft im demografischen Wandel, fasst der sechste Altenbericht zusammen. Allerdings dürfen Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement nicht staatlich missbraucht und funktionalisiert werden. Sie müssen vielmehr im Sinne einer selbstverantwortlichen und mitverantwortlichen Lebensführung älterer Menschen Ausdruck einer leben-

digen Zivilgesellschaft bleiben. Generationenübergreifendes Engagement bedarf förderlicher rechtlicher und staatlicher Rahmenbedingungen, sodass sich möglichst viele Menschen eingeladen und unterstützt fühlen, sich in koproduktiver, aber auch kontradiktorischer Weise zivilgesellschaftlich zu engagieren: zu ihrem eigenen Nutzen und zugleich in der Verantwortung für die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft im Kleinen und Großen.

PROF. DR. THOMAS KLIE

BAYERN FÖRDERT KOORDINIERUNGSSTELLEN IM LÄNDLICHEN RAUM

Freiwilliges Engagement benötigt neben engagementbereiten Bürgern auch tragfähige Strukturen, die Engagierte in ihrem Tun unterstützen. Mit dem Modellprojekt „Koordinierungszentren Bürgerschaftliches Engagement“ fördert die Bayerische Staatsregierung den Infrastrukturaufbau für freiwilliges Engagement im ländlichen Raum. Seit März 2010 werden 20 landkreisweit tätige Anlaufstellen für freiwilliges Engagement für einen Zeitraum von drei Jahren gefördert. Fördervoraussetzung ist eine 50-prozentige Mitfinanzierung durch die Landkreise. Dies soll auch zur nachhaltigen Sicherung der aufgebauten Strukturen beitragen. Des Weiteren wird die Besetzung einer Personalstelle mit mindestens einer Halbtagskraft vorausgesetzt. Zu den Aufgaben der Koordinierungszentren gehören die Vernetzung der bestehenden Aktivitäten des regionalen bürgerschaftlichen Engagements, der Aufbau regionaler Engagementstrukturen, die fachliche Beratung zu Themen wie Freiwilligenmanagement und Rechtsfragen, die Koordination lokaler Öffentlichkeitsarbeit sowie die Entwicklung geeigneter regionaler Projekte. So soll eine flächendeckende und effiziente Infrastruktur für bürgerschaftliches Engagement auf- und ausgebaut werden.

NIKI SCHMITT

RECHTLICHE ASPEKTE

GESETZLICHE BETREUER MIT ÜBUNGSLEITERN GLEICHGESTELLT

Die gesetzliche Betreuung gehört zu den klassischen Ehrenämtern: Ohne sie, ohne die Institution des rechtlichen Betreuers – früher Vormund – lässt sich ein wirksamer Schutz der Rechte von Menschen mit Behinderung nicht realisieren. Das Eintreten für vulnerable Menschen in unserer Gesellschaft gehört zu den vornehmen Aufgaben der Bürgerschaft. Die Übernahme einer rechtlichen Betreuung ist Bürgerpflicht. Bisher wurde diese wichtige Aufgabe, die in der Zukunft noch an Bedeutung gewinnen wird, steuerrechtlich diskriminiert. Die geringe Aufwandsentschädigung, die die ehrenamtlichen Betreuerinnen und Betreuer für ihre Aufgabe erhalten, unterlag der Steuerpflicht. Das wurde endlich geändert. Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrats im Dezember 2010 das Jahressteuergesetz 2010 beschlossen. Mit ihm wurde für die ehrenamtlichen Vormünder und gesetzlichen Betreuerinnen und Betreuer die Steuerbefreiungsvorschriften des § 3 Nr. 26b Einkommenssteuergesetz eingeführt. Ihre Aufwandsentschädigung bleibt zusammen mit anderen steuerfreien Einnahmen als Übungsleiterpauschale bis zum Betrag von 2.100 Euro im Jahr steuerfrei (Aufwandsentschädigung).

PROF. DR. THOMAS KLIE

STRUKTUREN DER FÖRDERUNG



INTEGRATIONSUNTER- STÜTZENDES BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT IN BADEN-WÜRTTEMBERG

Der Arbeitskreis „Ehrenamt und Migration“ des Landeskuratoriums Bürgerengagement hat sich mit Forschungsergebnissen und Praxisberichten zum Bürgerengagement für und durch Menschen mit Migrationshintergrund befasst.

Bürgerschaftliches Engagement eröffnet neue Lernwelten, die die klassischen Lernorte der Erziehungs- und Bildungseinrichtungen ergänzen. Es bietet Chancen, Menschen kennenzulernen und Beziehungen vielfach zu nutzen. Dies ist mehrfach untersucht und bestätigt worden. Dabei wird gefragt, ob und unter welchen Voraussetzungen bürgerschaftliches Engagement Potenziale freisetzt, Menschen mit einem besonderen Integrationsbedarf besser in unsere Gesellschaft zu integrieren, ob die bloße Teilnahme zum Beispiel an Gruppen- und Vereinsaktivitäten jene Kontakte schafft, die Menschen brauchen, um sich in dieser Gesellschaft schneller und leichter zurechtzufinden und zu verorten. Dabei geht es um die Chancen zu besserer Vernetzung, um Teilhabe, um Beteiligung, aber auch darum, etwas an die Gesellschaft zurückzugeben.

2009 wurden im Landeskuratorium Bürgerengagement Handlungsempfehlungen für die Förderung von Menschen mit Migrationshintergrund beschlossen. Zur Konkretisierung dieser Handlungsempfehlungen wurde ein Arbeitskreis „Ehrenamt und Migration“ eingerichtet. Er hat 2009 mehrfach getagt und sich einerseits mit Forschungsergebnissen zum Bürgerengagement für und durch Menschen mit Migrationshintergrund, andererseits aber auch mit Praxisberichten aus der BE-Landschaft und mit persönlichen Erfahrungsberichten von Teilnehmern befasst.

Die Mitglieder des Arbeitskreises waren sich bewusst, dass der Grad der Integration von Migranten unterschiedlicher Herkunft in die Strukturen des Bürgerengagements unterschiedlich stark ausgeprägt ist. Zudem leben Zuwanderer, die nicht in explizit deutschen Systemen des Bürgerengagements tätig sind, nicht sozial untätig, sondern sie sind in ihren Familien und/oder in eigenen, kulturell weitgehend homogenen Systemen sozial beheimatet. Als Risiko sah der Arbeitskreis daher auch nicht eine „parallelgesellschaftliche“ Szene des Bürgerengagements, sondern dass viele Migranten die Möglichkeiten des Engagements in der Zuwanderungsgesellschaft nicht nutzen und ihnen dadurch wichtige Zugangswege zu den Chancen dieser Gesellschaft verschlossen bleiben.

Aus der Arbeitsgruppe heraus formulierte das Landesbüro Ehrenamt konkrete Umsetzungsempfehlungen für das Landeskuratorium, die dort verabschiedet wurden. Ziel dieser Empfehlungen war es vor allem, in und durch Kindertagesstätten und Schulen noch mehr als bisher interkulturelles Engagement auch unter Beteiligung der Eltern zu fördern. Es sollen sowohl für deutsche Kinder und Jugendliche als auch für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund noch bessere Rahmenbedingungen für neues, gemeinsames und gemeinsam integrierendes Lernen eröffnet werden. Zum Zwecke dieser Förderung werden 2011 für Erzieherinnen und Erzieher sowie Lehrerinnen und Lehrer Themenhefte entwickelt, die in die Engagement-

>> Links / Literatur

- Düsener, Kathrin (2010): *Integration durch Engagement? Migrantinnen und Migranten auf der Suche nach Inklusion*. Bielefeld.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2011): *Diversität gestalten. Erfolgreiche Integration in Kommunen*. Gütersloh.
- Ohmle, Claudia (2009): *Die Lebenssituation von Migrantinnen in Deutschland unter dem Blickwinkel von Pierre Bourdieus Kapitaltheorie*. Hochschule Weingarten.



FÖRDERSCHWERPUNKTE 2011: FREIWILLIGENDIENSTE ALLER GENERATIONEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG

Das Land Baden-Württemberg hat mit den Freiwilligendiensten aller Generationen (FDaG) sein Repertoire in der Engagementförderung nochmals erweitert. In Dischingen, Freiburg, Mundelsheim und dem Landkreis Tübingen werden vorbildliche Engagementprojekte als Leuchttürme umgesetzt. Der Landesverband des Paritätischen Bildungswerks setzt ein modulares Qualifizierungsangebot für Freiwillige und Fachkräfte um, etwa zur interkulturellen und generationsübergreifenden Arbeit sowie zu Netzwerkkompetenzen. Und das mobile Kompetenzteam bietet unter Leitung der Stabsstelle Bürgerengagement und Freiwilligendienste kostenlose Beratung etwa zur Einrichtung von FDaG-Plätzen, zum Freiwilligenmanagement sowie zur Öffentlichkeitsarbeit an.

Noch bis zum Jahresende werden durch Mittel des Bundesprogramms Projekte im Schnittbereich Engagement und Integration von Menschen mit Migrationshintergrund gefördert, mit dem Ziel, Tandemträgerprojekte zwischen Kommunen, Verbänden, anderen gemeinnützigen Organisationen und Migrantenorganisationen aufzubauen. So sollen nachhaltige Strukturen entwickelt und Freiwillige mit Migrationshintergrund gewonnen werden. Ebenfalls werden Projekte im ländlichen Raum gefördert, die sowohl in der Vernetzung von Engagementstrukturen als auch in der Förderung bestimmter Engagementfelder aktiv werden, etwa der Teilhabe von Menschen mit Behinderung oder der generationsübergreifenden Zusammenarbeit (Jung-Alt-Projekte etc.). Weitere Informationen: www.fdag-bw.de.

forschung und einschlägigen Wirkungsstudien einführen. Ferner wurde die Gestaltung von Unterrichtsmaterialien für den Bildungsbereich zu den Themen: „Schule aktiv bürgerschaftlich gestalten“ und „In Schule und Kita engagiert mitwirken“ in Auftrag gegeben. Im Jahr 2012 sollen Fortbildungen für Lehrer und Erzieher das Gesamtvorhaben abrunden. Der Auftrag ging an das Steinbeis-Innovationszentrum Sozialplanung, Qualifizierung und Innovation in Weingarten.

PROF. DR. SIGRID KALLFASS

ANSPRECHPARTNERIN

**Steinbeis-Transferzentrum Sozialplanung,
Qualifizierung und Innovation**

Prof. Dr. Sigrid Kallfass

Tel.: 0751/54355

Sozialplan@t-online.de

NIKLAS ALT

>> Literatur

- Bertelsmann Stiftung (2007): *Die Brückenbauer der Integration stärken. Leadership-Programm Migrantenorganisationen.* www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xcbg/bst/bs.xml/prj_70302.htm
- Bommes, Michael (2010): *Kommunen. Moderatoren im Prozess der sozialen Integration?* In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 46-47/2010, S. 36-41.
- Bundesrat (2011): *Gesetz zur Bekämpfung der Zwangsbeirat und zum besseren Schutz der Opfer von Zwangsbeirat sowie zur Änderung weiterer aufenthalts- und asylrechtlicher Vorschriften.* Drucksache 168/11 vom 25.03.2011.
- Bundesregierung (2007): *Der Nationale Integrationsplan. Neue Wege - neue Chancen.*
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) (2008): *Praxiserkenntnisse zum Handlungsfeld Bürgerschaftliches Engagement.* Nürnberg. Download unter: www.deutsche-islam-konferenz.de/
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) (2010): *Kompetenzen nutzen - Migrantenorganisationen stärken. Dokumentation der 2. Fachtagung.* Nürnberg. Download unter: www.integration-in-deutschland.de/
- Bundesarbeitsgemeinschaft der ImmigrantInnenverbände in Deutschland e.V. (BAGIV) (2011): *Projekt „Integration gemeinsam gestalten!“* www.bagiv.de/projekte-aktuell.html
- Bundesministerium des Innern (BMI)/Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) (2010): *Bundesweites Integrationsprogramm.* Berlin/Nürnberg.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hrsg.) (2002): *Recherche zum freiwilligen Engagement von Migrantinnen und Migranten.* Frankfurt am Main: *Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge und ISIS-Sozialforschung.*
- Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) (2011): *Tagung: Elternarbeit von Migrantenorganisationen, 7. und 8. Mai, Halle.*
- Bündnis 90/Die Grünen und SPD Baden-Württemberg (2011): *Koalitionsvertrag: Der Wechsel beginnt.* Stuttgart. www.gruene-bw.de/fileadmin/gruenebw/dateien/Koalitionsvertrag-web.pdf
- Christliches Jugenddorfwerk Deutschlands e.V. (CJD) Bodensee-Oberschwaben (2011): *PROMI - Projektmanagement mit Migrantenorganisationen.* www.cjd-bodensee-oberschwaben.de/bodensee-oberschwaben/pages/index/p/12990/ Gefördert von der Robert-Bosch-Stiftung.
- Deilami, Zahra (2011): *Ein unebrenhafter Blick auf ebrenamtliche Tauglichkeit der Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen mit Migrationshintergrund.* In: *impulse. Newsletter zur Gesundheitsförderung*. 2. Quartal, Juni, S. 17. Hannover.
- Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. (2010): *Empfehlungen des Deutschen Vereins zur besseren Teilhabe älterer Menschen mit Migrationshintergrund, DV 33/10*
- Führungsakademie Baden-Württemberg (2009): *Integrationsstrategie Baden-Württemberg - Ein Beitrag des 18. Führungslehrgangs.* Karlsruhe.
- Gensicke, Thomas/Geiss, Sabine (2010): *Hauptbericht des Freiwilligen Surveys 2009 - Zivilgesellschaft, soziales Kapital und freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004-2009. Durchgeführt im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.* München. www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/Publikationen/publikationen,did=165004.html
- Halm, Dirk/Sauer, Martina (2005): *Freiwilliges Engagement von Türkinnen und Türken in Deutschland. Projekt des Zentrums für Türkeistudien und Integrationsforschung (ZfTI) im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).* Essen.
- Hummel, Konrad (2009): *Die Bürgerschaftlichkeit unserer Städte. Für eine neue Engagementpolitik in den Kommunen.* Berlin.
- Hunger, Uwe (2004): *Wissenschaftliches Gutachten im Auftrag des Sachverständigenrates für Zuwanderung und Integration des Bundesministeriums des Innern der Bundesrepublik Deutschland zur Frage „Wie können Migrantenselbstorganisationen den Integrationsprozess betreuen?“*, Münster/Osnabrück.
- Huth, Susanne (2007): *Bürgerschaftliches Engagement von Migrantinnen und Migranten. Lernorte und Wege zu sozialer Integration, Partizipation und Kompetenzentwicklung.* Frankfurt am Main.
- Huth, Susanne/Schumacher, Jürgen (2007): *Bürgerschaftliches Engagement in der Sprachförderung von Migrantinnen und Migranten. Expertise im Auftrag des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge.* Frankfurt am Main. www.kompetenzzentrum-sprachfoerderung.de/fileadmin/user_upload/Anlage7-ExpertiseBuergEngageBAMF_BE.pdf
- Institut für berufliche Bildung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik GmbH (INBAS) (2003): *Bürgerschaftliches Engagement von MigrantInnen - MEM-VOL Migrant and Ethnic Minority Volunteering.* Frankfurt am Main.
- Institut für berufliche Bildung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik GmbH (INBAS) (2011): *Freiwilligenmanagement in Migrantenorganisationen und Wohlfahrtsverbänden: Beispiele guter Praxis für die Förderung und Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements von Migrantinnen und Migranten. Laufendes Projekt.* Frankfurt am Main.
- Integrationsbeauftragter der Landesregierung Baden-Württemberg (2008): *Integrationsplan Baden-Württemberg. Integration gemeinsam schaffen.* Stuttgart.
- Klaus, Ralph Peter (2006): *Der Islam in der Regio TriRbena. Muslimisches Leben am Oberrhein.* Münster.

- May, Michael (2010): *Ältere Migrant(inn)en im Quartier - Stützung und Initiierung von Netzwerken der Selbstorganisation und Selbsthilfe*. In: Newsletter Wegweiser Bürgergesellschaft 4 / 2010 vom 05.03.2010. www.buergergesellschaft.de/fileadmin/pdf/gastbeitrag_may_100305_end.pdf
 - Menning, Sonja/Hoffmann, Elke (2009): *Ältere Migrantinnen und Migranten*. GeroStat Report Altersdaten 01 / 2009. Berlin. www.dza.de/fileadmin/dza/pdf/GeroStat_Report_Altersdaten_Heft_1_2009.pdf
 - Mies-van Engelshoven, Brigitte (2011): *Sich für ein gutes Ziel engagieren. Freiwilliges Engagement für junge Flüchtlinge und von jungen Flüchtlingen ohne sicheren Aufenthaltsstatus*. In: *Engagierte Einwanderer. Forschungsjournal Soziale Bewegungen*. Heft 2, Juni 2011. Stuttgart.
 - Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren Baden-Württemberg (2010): *Vereinbarung zum Ausbau des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement zwischen den Kommunalen Landesverbänden Baden-Württemberg und dem Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren Baden-Württemberg*. Stuttgart.
 - Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren Baden-Württemberg (2011): *Grundsätze zur Förderung von Projekten für und mit Menschen mit Migrationshintergrund in Baden-Württemberg im Rahmen des Programms Freiwilligendienste aller Generationen (FDaG)*. www.sozialministerium.de/fm7/1442/FDaG%20Grunds%20E4tze.pdf
 - Ministerium für Integration Baden-Württemberg (2011): *Zuständigkeiten und Themen*. www.integrationsministerium-bw.de/servlet/PB/menu/1268954/index.html?ROOT=1268673
 - Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) (2011): *Migrationsland 2011. Jahresgutachten 2011 mit Migrationsbarometer*. Berlin.
 - Schmid, Hansjörg/Akca, Ayşe Almila/Barwig, Klaus (2008): *Gesellschaft gemeinsam gestalten. Islamische Vereinigungen als Partner in Baden-Württemberg*. Baden-Baden.
 - Stadt Karlsruhe (2010): *Mach mit! Engagement für Menschen mit Migrationshintergrund*. Karlsruhe.
 - Stadt Lahr (2011): *Integrationsarbeit in Lahr*. www.lahr.de/startseite/bildung_soziales/zusammenleben_in_lahr/integration/integrationsarbeit_in_lahr.4717.1,8,52174,86,4717.htm/
 - Stadt Mannheim (2011): *Einwohner mit Migrationshintergrund in kleinräumiger Gliederung*. Mannheim.
 - Statistisches Bundesamt (2009): *Bevölkerung mit Migrationshintergrund - Ergebnisse des Mikrozensus. Fachserie 1 Reihe 2.2*. Wiesbaden.
 - Statistisches Bundesamt (2011): *Wanderungen 2010*. www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2011/05/PD11__180__12711,templateId=renderPrint.psm/
 - Stiftung MITARBEIT (2011): *Gesellschaftliche Teilhabe und Selbstorganisation von jungen Flüchtlingen durch freiwilliges Engagement fördern. Geplante Fachtagung*. [www.mitarbeit.de/519.html?&tx_workshops\[tx_workshops\]=96&tx_workshops\[backPid\]=29&cHash=7c3f1928a61a24fe96f9603f9441d980](http://www.mitarbeit.de/519.html?&tx_workshops[tx_workshops]=96&tx_workshops[backPid]=29&cHash=7c3f1928a61a24fe96f9603f9441d980)
 - Theater Freiburg (2009): *Theaterstück „Carmen Now!“ und Lesung „Carmen Go Home?“*. www.theater.freiburg.de/index/TheaterFreiburg/Archiv.html?StId=599
 - vhw-Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V. (2009): *Migranten-Milieus. Ein Kompass für die Stadtgesellschaft*. Berlin.
 - Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung (ZfTI) (1999): *Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten in NRW. Wissenschaftliche Bestandsaufnahme*. Essen.
 - Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung (zze) (2008): *Abschlussbericht zur wissenschaftlichen Begleitung des Bundesmodellprogramms Generationsübergreifende Freiwilligendienste*, Herausgeber: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Berlin. www.freiwilligendienste-aller-generationen.de/zum-berunterladen.html
 - Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung (zze) (2010): *Freiwilligendienste aller Generationen. Integration von Menschen mit Migrationshintergrund*. Eigene Datenerhebung. Freiburg.
 - Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung (zze) (2011a): *Freiwilligensurvey 2009. Sonderauswertung Baden- Württemberg*, Herausgeber: Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren Baden-Württemberg und Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg. Stuttgart. www.sozialministerium.de/fm7/1442/11-04-19%20FWS_BW_%20Endfassung.pdf
 - Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung (zze) (2011b): *Flucht und Gesundheit (FLUG). Gesundheitsprogramm für Flüchtlinge und Asylbewerber/-innen in Baden-Württemberg (unveröffentlichte Evaluationsstudie)*.
 - Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung (zze) (2011c): *Gemeinsame Erklärung zur interkulturellen Öffnung von Freiwilligendiensten*. Thementag Villa Reitzenstein. Stuttgart.
- >> Links** (Stand Internetverweise: August 2011)
- Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen e.V. (bagfa): <http://bagfa.de>
 - Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. (ISS): www.mo-freiwilligendienste.de/
 - Interkulturelle Freiwilligenagentur (IKFA): www.ebrenamt-interkulturell.de/
 - Landesverband der kommunalen Migrantenvertretungen (LAKA): www.laka-bw.de
 - Türkische Gemeinde Baden-Württemberg (TGBW): www.tgbw.de/

HERAUSGEBER:

Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie,
Frauen und Senioren Baden-Württemberg

Stabsstelle Bürgerengagement und Freiwilligendienste
Schellingstraße 15
70174 Stuttgart
Telefon 0711 123-0
Telefax 0711 123-39 89
stabsstelle@sm.bwl.de
www.buergerengagement.de

GESTALTUNG UND REALISIERUNG:

freelance project GmbH
Silberburgstraße 112
70176 Stuttgart
Telefon 0711 993386-0
info@freelance-project.de
www.freelance-project.de

BILDER: Caritasverband Freiburg-Stadt e.V. /
Rankers /Kreation, Christoph Rankers;
digitalstock.de: R. Kneschke, Christine Langer-Püschel,
J. Mülle; istockphoto.com: barsik;
Landesmedienzentrum Baden-Württemberg;
pitopia: Christine Langer-Püschel; Sozialministerium
Baden-Württemberg

© 2011, Ministerium für Arbeit und Sozialordnung,
Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg



Landesnetzwerk
Bürgerschaftliches Engagement
Baden-Württemberg



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALORDNUNG,
FAMILIE, FRAUEN UND SENIOREN